

Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 10

Müssig, Stephanie; Worbs, Susanne

Veröffentlichungsversion / Published Version

Arbeitspapier / working paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Müssig, S., & Worbs, S. (2012). *Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland: Integrationsreport, T. 10*. (Working Paper / Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ), 46). Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl (FZ). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-67769-2>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Bundesamt
für Migration
und Flüchtlinge

Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland

Working Paper 46
aus der Reihe "Integrationsreport", Teil 10

Stephanie Müssig
Susanne Worbs



Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland

Stephanie Müssig

Susanne Worbs

Zentrale Ergebnisse

- Informationen zur politischen Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund gewinnt man aus den Umfragen der empirischen Sozialwissenschaft wie dem Sozio-oekonomischen Panel (SOEP), dem European Social Survey (ESS), der Deutschen Wahlstudie (GLES) oder dem Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB). Im Vergleich zu anderen gesellschaftlich relevanten Themen wie Bildung oder Erwerbstätigkeit kann die Datenlage zu politischer Partizipation als ausbaufähig bezeichnet werden. Insbesondere liegen keine amtlichen Daten über die politische Beteiligung von Migranten vor. Die nachfolgend aufgeführten Resultate entstammen hauptsächlich eigenen Berechnungen mit dem ESS und der GLES. Bei den Analysen handelt es sich schwerpunktmäßig um einen Rückblick auf die zusammengefasste durchschnittliche politische Beteiligung in den Jahren 2002 bis 2008. Diese Ergebnisse werden um Befunde aus anderen Publikationen ergänzt.
- Politische Einstellungen, die sich förderlich auf die politische Teilhabe auswirken, sind bei Zuwanderern der ersten Generation geringer ausgeprägt als bei Personen der zweiten Zuwanderergeneration oder bei Personen ohne Migrationshintergrund. Zwischen Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der zweiten Zuwanderergeneration bestehen jedoch kaum Unterschiede, wenn letztere die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigt das Bewusstsein der selbst zugewanderten Personen für politische Belange. Dies deutet darauf hin, dass politische Orientierung ein Prozess ist, der Zeit benötigt. Ebenfalls ist festzustellen, dass sich Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit zu einem höheren Anteil mit politischen Belangen auseinander setzen als ausländische Personen. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass das größtenteils fehlende Wahlrecht bei Ausländern ihre Bereitschaft abschwächt, sich mit dem politischen Leben in Deutschland zu beschäftigen.
- Migranten mit eigener Wanderungserfahrung interessieren sich zu einem geringeren Anteil für Politik als Personen ohne Migrationshintergrund oder Migranten der zweiten Generation. Die Mitglieder der beiden zuletzt genannten Gruppen geben zu jeweils knapp 60 Prozent an, ziemlich oder sehr interessiert an Politik zu sein.
- Das politische Kompetenzbewusstsein – politische *Efficacy* – von Personen mit Migrationshintergrund unterscheidet sich kaum von dem der Personen ohne Migrationshintergrund, wenn es um das Verstehen politischer Inhalte geht. Die Mehrheit in beiden Gruppen hat selten oder nie Probleme, politische Inhalte zu verstehen. Geht es darum, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden, sind Personen ohne Migrationshintergrund und Personen der zweiten Generation etwa gleich stark von ihrer Kompetenz überzeugt. Der ersten Generation fällt die Herausbildung eines Standpunktes etwas weniger leicht.
- Von den Personen der ersten Zuwanderergeneration verortet sich knapp ein Fünftel nicht innerhalb der Links-Rechts-Skala. Zwischen zweiter Generation und Personen ohne Migrationshintergrund bestehen in dieser Hinsicht keine Differenzen, sie können sich zu weniger als 10 Prozent nicht zuordnen. Der Schwerpunkt der Einstufungen liegt bei allen Bevölkerungsgruppen im Mitte-Links-Bereich.
- Migranten neigen insbesondere dann keiner Partei zu, wenn sie nicht deutsche Staatsangehörige sind. Nur knapp jeder dritte ausländische Migrant favorisiert eine Partei gegenüber anderen. Bei Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit sind dies mehr als 40 Prozent. Unter den Personen der zweiten Generation mit deutscher Staatsangehörigkeit sind es mit 49 Prozent anteilig genauso viele wie unter Personen ohne Migrationshintergrund.

- Das Muster der Parteiidentifikation ist bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund vergleichbar. Personen mit Migrationshintergrund präferieren die größeren Volksparteien CDU/CSU und SPD. Bündnis 90/Die Grünen steht bei ihnen an dritter Stelle vor der FDP und der Linken. Bei der Präferenz für eine Partei spielt das Herkunftsland eine Rolle: Personen aus der Türkei und anderen Anwerbeländern identifizieren sich eher mit der SPD, Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eher mit den Unionsparteien. Neuere Befunde legen jedoch nahe, dass diese Präferenzen allmählich aufweichen.
- Wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund beteiligten sich laut Selbstauskunft seltener an den vergangenen drei Bundestagswahlen als Personen ohne Migrationshintergrund. Amtliche Ergebnisse zur Wahlbeteiligung oder zur Wahlentscheidung von Personen mit Migrationshintergrund liegen nicht vor.
- Die Rückerinnerung an die Stimmabgabe bei den letzten Bundestagswahlen entspricht den Befunden zur Parteiidentifikation: Knapp jeder dritte Befragte mit und ohne Migrationshintergrund gibt an, entweder für CDU/CSU oder SPD gestimmt zu haben.
- Die Befunde zu nicht-elektoralen Partizipationsformen können die bestehende Annahme, dass Personen mit Migrationshintergrund weniger am politischen Leben teilhaben als Personen ohne Migrationshintergrund, nur teilweise bestätigen. Während Personen der ersten Zuwanderergeneration seltener als Personen ohne Migrationshintergrund nicht-elektoralen Partizipationsformen nutzen, geben dies Angehörige der zweiten Generation zu einem höheren Anteil an. Zudem sind Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit auch außerhalb von Wahlen politisch aktiver als Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit.

Inhaltsübersicht

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	10
2	Die Teilnahme von Personen mit Migrationshintergrund am politischen Leben	19
3	Fazit	41
	Literatur	43
	Verzeichnisse	51
	Publikationen der Forschungsgruppe	54

Inhaltsverzeichnis

	Zentrale Ergebnisse	5
1	Einleitung	10
1.1	Datenlage	12
1.2	Forschungsüberblick	16
2	Die Teilnahme von Personen mit Migrations- hintergrund am politischen Leben	19
2.1	Politische Einstellungen	21
2.1.1	Politisches Interesse	21
2.1.2	Politische <i>Efficacy</i>	23
2.1.3	Links-Rechts-Selbsteinstufung	25
2.1.4	Parteineigung und Parteiidentifikation	26
2.2	Wahlen	30
2.2.1	Wahlbeteiligung	31
2.2.2	Wahlentscheidung	34
2.3	Politisches Engagement über Wahlen hinaus	36

3	Fazit	41
	Literatur	43
	Abkürzungsverzeichnis	51
	Abbildungsverzeichnis	52
	Tabellenverzeichnis	53
	Publikationen der Forschungsgruppe	54

1 Einleitung

Im Rahmen der Reihe „Integrationsreport“ des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge setzt sich das vorliegende Working Paper mit der Frage nach der politischen Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund¹ auseinander. Die Darstellung beruht auf empirischen Daten und Studien und konzentriert sich zum einen auf die Ausprägung ausgewählter politischer Einstellungen und zum anderen auf die Nutzung unterschiedlicher politischer Partizipationsformen. Anspruch des Working Papers ist es, für einen breiten Nutzerkreis aus Politik, Verwaltung, Verbänden, Wirtschaft und Wissenschaft einen Überblick zu diesem Thema darzubieten. Dabei entspricht es dem Ansatz des Integrationsreportes, die Datenlage und bereits vorhandene Erkenntnisse zu einem Themenbereich deskriptiv aufzubereiten und um eigene Analysen zu ergänzen, wobei der Vergleich von Personen mit und ohne Migrationshintergrund ein zentrales Element darstellt.

In einem demokratischen System können die Bürger durch politische Partizipation ihre Interessen an das politische System übermitteln und versuchen, die dort stattfindenden Prozesse der Entscheidungsfindung und Machtausübung zu beeinflussen und zu kontrollieren (vgl. Fuchs 1995: 135). Ob und welche Präferenzen und Forderungen an das politische System übermittelt werden, hängt nicht nur erheblich davon ab, wer sich zur politischen Partizipation entschließt, sondern auch davon, wie hoch das Niveau an politischer Aktivität ist und welche Formen politischer

Partizipation die Bevölkerung nutzt (vgl. Verba et al. 1995: 49). Dies gilt für die Beteiligung an Wahlen, die für eine Demokratie von besonderer legitimatorischer Bedeutung ist, aber auch für die politische Willensbekundung im Allgemeinen, wie durch Demonstrationen oder Unterschriftensammlungen, um hier nur zwei Beispiele von vielen Formen der politischen Präferenzoffenbarung zu nennen. Unterscheidet sich die politische Beteiligung zwischen einzelnen Gruppen in der Bevölkerung systematisch, könnten die Bedürfnisse, Interessen und Forderungen der Gesamtbevölkerung verzerrt in den politischen Prozess eingebracht werden. Dies kann in eine Politikgestaltung münden, die Interessen von einigen Teilen der Bevölkerung stärker widerspiegelt als andere. Insofern ist die politische Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund nicht nur eine integrations-, sondern auch eine demokratierelevante Frage.²

Definitionen politischer Beteiligung existieren vielfach. Sie lassen sich auf einige zentrale Bestandteile reduzieren. Dazu zählt, dass es sich bei politischer Partizipation um eine Aktivität handeln muss. Die bloße Neigung, gerne über Politik zu diskutieren oder politische Sendungen in Radio und Fernsehen bevorzugt zu konsumieren, reicht nicht aus und kann folglich nicht als politische Partizipation gewertet werden (vgl. Verba et al. 1995: 39). Weiterhin muss die Aktivität einen Einflusscharakter auf das politische System entwickeln und freiwillig von einer Privatperson ausgehen, d.h. ohne Zwänge und Repressionen (vgl. Gabriel/Völkl 2005: 529). Über die genannten Merkmale besteht unter all den zahlreichen Definitionen politischer Partizipation Konsens (vgl. van Deth 2003: 170f.; Brady 1999: 737f.). Sie werden in der folgenden, für dieses Working Paper angewandten Definition berücksichtigt:

1 Um die Lesbarkeit des Textes nicht durch zu häufige Wiederholungen zu beeinträchtigen, werden die Begriffe „Personen mit Migrationshintergrund“, „Migranten“ und „Zuwanderer“ in diesem Working Paper synonym verwendet und schließen Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund (selbst zugewandert oder in Deutschland geboren) ein. Der Begriff „Ausländer“ wird immer dann explizit verwendet, wenn es sich bei den betrachteten Personen eindeutig um solche handelt, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen. Dabei ist zu beachten, dass bei einer Gegenüberstellung von Ausländern und Deutschen in der letzteren Gruppe auch Personen erfasst werden, denen über Zuwanderung oder Einbürgerung ein Migrationshintergrund zukommt.

2 Zu Partizipation und Demokratie siehe beispielsweise Dahl 1998 und hier insbesondere S. 76-78.

„Unter [politischer] Partizipation werden (...) alle Tätigkeiten verstanden, die Bürger freiwillig mit dem Ziel unternehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen“ (Kaase 1995: 521; vgl. Kaase/Marsh 1979: 42).

Um die Fülle von unterschiedlichen Partizipationsformen für dieses Working Paper zu systematisieren, bietet sich einem Vorschlag von Edeltraud Roller und Tatjana Rudi folgend eine Unterscheidung zwischen elektoraler und nicht-elektoraler Beteiligung an (vgl. Roller/Rudi 2008: 252f.). Elektorale Partizipation bezeichnet das Wählen. Zu den nicht-elektoralen Partizipationsformen zählen solche, die über das Wählen hinausgehen. Für das vorliegende Working Paper wird hierfür das Kontaktieren eines Politikers auf Kommunal-, Landes- oder Bundesebene, das Unterzeichnen einer Unterschriftensammlung, die Mitarbeit in einer Partei und die Teilnahme an einer Demonstration berücksichtigt.

Für diese Unterteilung sprechen inhaltliche Gründe (siehe auch Roller/Rudi 2008: 252): Elektorale Partizipationsformen zeichnen sich dadurch aus, dass in ihnen die Partizipationsmöglichkeit zum Ausdruck kommt, die der Gesetzgeber für die Bürger explizit vorgesehen hat (vgl. Westle 1994: 141). Es ist die meist genutzte und wichtigste Form der Partizipation in einer Demokratie (vgl. Aldrich 1993: 246). Der Akt des Wählens ist klar reguliert und meist ohne größeren Zeit- und Kostenaufwand durchzuführen. Allerdings kann ein Bürger mit seiner Stimmabgabe bei der Wahl nur wenige und sehr verallgemeinerte Informationen über seine Präferenzen an die politischen Akteure vermitteln (vgl. Verba et al. 1995: 48). Nicht-elektorale Beteiligungsformen zeichnen sich durch „offene Rahmen- und Durchführungsbedingungen“ aus (Kaase 1997: 161). Durch sie können Interessen und Forderungen thematisch zugespitzt und gezielt an politische Entscheidungsträger vermittelt werden (vgl. Verba et al. 1995: 44f.). Jedoch sind sie in der Regel zeit- und kostenintensiver als die elektorale Partizipation (vgl. Fuchs 1995: 142), vor allem weil ihre tatsächliche Wirksamkeit nicht abzuschätzen ist (vgl. Arzheimer/Falter 2003: 555).

Zudem ist diese Unterteilung bei der Untersuchung politischer Beteiligung von Migranten aus einem strukturellen Grund sinnvoll: Es wird damit dem

Umstand Rechnung getragen, dass die politischen Partizipationsmöglichkeiten von Migranten von ihrer Staatsangehörigkeit strukturiert werden. Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit verfügen über vollständige und umfassende politische Teilhaberechte. Ausländer sind indes von dem zentralen politischen Recht, dem aktiven und passiven Wahlrecht, ausgeschlossen (vgl. Cyrus 2005: 17). Die Einschränkung des allgemeinen Wahlrechts für Ausländer wird sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis rege diskutiert (vgl. Zuleeg 1988; Bauböck 2002; Bauböck 2005; Benhabib 2009; Sieveking 2010). Ausgenommen von dieser Einschränkung sind in Deutschland lebende EU-Bürger ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Ihnen wurde im Rahmen der Ratifikation des Maastrichter Vertrages über die Europäische Union 1992 durch eine Grundgesetzänderung sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht bei Kommunalwahlen ermöglicht (für eine ausführlichere Darstellung der Rechtslage siehe Sieveking 2010).³ Ebenfalls können EU-Bürger in dem Land an Europawahlen teilnehmen, in dem sie ihren Wohnsitz haben, ohne Staatsangehörige dieses Landes zu sein. Ausländer aus sogenannten Drittstaaten dürfen dagegen weder das aktive noch das passive Wahlrecht nutzen noch eigene Parteien gründen.

Ausländer verfügen dennoch über politische Teilhaberechte außerhalb des Wählens, die auf unterschiedlichen gesetzlichen Ebenen geregelt sind. Im Grundgesetz leitet sich das Recht auf politische Betätigung vor allem aus dem Recht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit (Art. 2 Abs. 1 GG) und der Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 GG) ab (vgl. Senge 2011: Rn 1). Beide Grundrechte sind sogenannte Jedermann-Rechte und gelten für deutsche Staatsbürger und Ausländer gleichermaßen. Des Weiteren werden die Religionsfreiheit (Art. 4 GG), die Unverletzlichkeit der Wohnung (Art. 13 GG), das Recht auf Eigentum (Art. 14 GG) sowie das Petitionsrecht (Art. 17 GG) als bedeutsame Rechtsgrundlagen für die politische Beteiligung von Ausländern genannt (vgl. Wiedemann 2006: 264). Daneben stellen die Rechte auf Versammlungsfreiheit (Art. 8 GG), auf Vereinsfreiheit

3 Vgl. Richtlinie 94/80/EG des Rates (der Europäischen Union) vom 19.12.1994 über die Einzelheiten der Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechts bei den Kommunalwahlen für Unionsbürger mit Wohnsitz in einem Mitgliedstaat, dessen Staatsangehörigkeit sie nicht besitzen.

(Art. 9 GG) sowie auf Koalitionsfreiheit (Art. 9 Abs. 3 GG) wichtige Möglichkeiten dar, sich politisch zu beteiligen.⁴ Die Koalitionsfreiheit nach Art. 9 Abs. 3 GG ist ein Jedermann-Recht, das auch für Ausländer gilt, während es sich bei der Versammlungsfreiheit und der Vereinsfreiheit um Bürgerrechte handelt, die sich nur auf deutsche Staatsangehörige beziehen. Damit sind weder Vereinsfreiheit noch Versammlungsfreiheit für Ausländer verfassungsrechtlich abgesichert, aber auch nicht grundsätzlich untersagt. Vielmehr werden ausländische Staatsangehörige durch einfach-gesetzliche Regelungen im Versammlungsgesetz und Vereinsgesetz deutschen Staatsangehörigen gleichgestellt (vgl. Dienelt 2011: Rn 2). Vor dem Hintergrund dieser Rechtsgrundlagen werden beispielhaft folgende Möglichkeiten der politischen Betätigung für Ausländer genannt: Öffentliche Äußerungen zu politischen Fragen, Teilnahme an Demonstrationen und Streiks sowie die Durchführung von Flugblattaktionen, Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, Teilnahme an Wahlen zu berufsständischen Organisationen, in Schulen und Hochschulen, beratende Mitwirkung bei der politischen Willensbildung in Gemeinden über Ausländerbeiräte auf kommunaler Ebene (vgl. Bisschoff/Teubner 1992: 91; Wiedemann 2006: 265).⁵

Die für das Working Paper durchgeführten empirischen Untersuchungen bewegen sich auf einer rein deskriptiven Ebene und geben einen Überblick über Einstellungen und Verhalten der Zuwanderer im politischen Bereich mit Schwerpunkt auf den Jahren 2002 bis 2008. Anders als in den anderen Working Papers aus der Reihe „Integrationsreport“ wird auf die Analyse unterschiedlicher Herkunftsgruppen der Migranten weitgehend verzichtet, da für herkunftsspezifische Auswertungen nicht ausreichend hohe Fallzahlen vorliegen, um statistisch belastbare Aussagen zu treffen. Stattdessen wird als Ergänzung auf Befunde aus der Forschungsliteratur zurückgegriffen.

Das Working Paper beginnt mit einem Überblick über die Datenlage und den Forschungsstand zur politischen Teilhabe von Migranten (Kap. 1.1 und 1.2). In

Kapitel 2 wird zunächst auf die Bestimmungsgründe für politische Partizipation eingegangen. Es folgen Analysen zu verschiedenen politischen Einstellungen (Kap. 2.1) sowie zur Wahlbeteiligung und dem Wahlverhalten (Kap. 2.2). Der empirische Teil wird durch Analysen zu nicht-elektoralen Partizipationsformen abgeschlossen (Kap. 2.3). Am Ende des Working Paper steht eine zusammenfassende Betrachtung und Diskussion der Ergebnisse (Kap. 3).

1.1 Datenlage

In zahlreichen Studien wird die Datenlage für Analysen zu Migranten und ihrer politischer Partizipation bemängelt. In der Literatur zur Wahlforschung wird beanstandet, dass amtliche Statistiken fehlen, wie beispielsweise eine amtlichen Wahlstatistik, die zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund unterscheidet (Wüst 2002: 26; Peucker/Reiter 2009: 25f.). Des Weiteren wird kritisch darauf hingewiesen, dass Umfragen der empirischen Sozialforschung, die eine Unterscheidung der Befragten nach Migrationshintergrund ermöglichen, oftmals nicht das entsprechende Fragerépertoire zu politischer Partizipation und politischen Einstellungen beinhalten (vgl. Wüst 2002: 26). Auch im Mikrozensus, einer weiteren amtlichen Erhebung, die für zahlreiche gesellschaftliche Aspekte Informationen bereithält und deshalb häufig für Auswertungen zu Migranten herangezogen wird, finden sich keine Angaben zu politischer Partizipation.⁶

Obwohl diese Kritikpunkte noch nicht ganz ausgeräumt werden können, hat sich die Datenlage zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in den vergangenen Jahren kontinuierlich verbessert. Dies ist auf eine veränderte Praxis in der Umfrageforschung zurückzuführen, durch die Variablen zur Identifikation des Migrationshintergrundes mittlerweile beinahe standardmäßig bereitgestellt werden. Auch finden sich Informationen zu politischen Einstellungen und politischer Partizipation von Migranten mit unterschiedlichen Schwerpunkten in sozialwissenschaftlichen Erhebungen. Im Folgenden werden Datensätze vorgestellt, die in der Vergangenheit für Analysen zu

4 Siehe Cyrus (2005: 18) für eine ausführlichere Beschreibung.

5 Zur Einschränkung politischer Beteiligung von Ausländern kann auf der Grundlage des § 47 AufenthG und für eine kritische Auseinandersetzung mit der im Wortlaut identischen Vorgängerregelung des § 37 AuslG siehe Kaltenborn 2001.

6 Zu weiteren Kritikpunkten an der Datenlage zu Personen mit Migrationshintergrund siehe beispielsweise Salentin 1999, Diehl 2005a, Diehl/Haug 2003, Wüst 2002.

politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland genutzt wurden und auch in Kapitel 2 dieses Working Papers Eingang gefunden haben.

European Social Survey (ESS)

Der *European Social Survey* (ESS) wurde von Mitgliedern der *European Science Foundation* (ESF) ins Leben gerufen, um zur Beobachtung des Wertewandels in Europa eine zuverlässige Datenbasis für politische und gesellschaftliche Einstellungen zu schaffen (vgl. Kaase 2005: 6f.). Der ESS ist eine Querschnittsbefragung und wird seit 2002 alle zwei Jahre unter Beteiligung von mittlerweile mehr als 30 europäischen Ländern erhoben. Er enthält neben einem Hauptteil, der in allen Befragungen wiederkehrt, wechselnde Module, die unterschiedliche thematische Schwerpunkte abdecken. Bisher sind Daten aus den Befragungswellen von 2002, 2004, 2006 und 2010 verfügbar.⁷

Fragen zum politischen Verhalten gehören zum Standardrepertoire des ESS, die in jeder Erhebungswelle berücksichtigt werden. Thematisch reicht die Fragepalette von der Mediennutzung zu politischen Inhalten, über Einstellungen zu politischen Institutionen sowie der subjektiven Einschätzung des eigenen politischen Bewusstseins und der politischen Handlungskompetenz, bis hin zum tatsächlichen politischen Engagement.⁸

Die deutsche Teilstudie umfasst in jeder Erhebungswelle knapp 3.000 Befragte, die älter als 15 Jahre sind und nach einem Zufallsprinzip aus der deutschen Wohnbevölkerung, ungeachtet ihrer Staatsangehörigkeit oder ihres rechtlichen Status, ausgewählt werden (vgl. van Deth 2005: 21).⁹ Eine Identifizierung von Personen mit Migrationshintergrund ist durchgängig möglich. Die Befragten werden nach ihrem Geburtsland gefragt. Falls dieses nicht Deutschland ist, wird auch der Einreisezeitpunkt thematisiert. Weiterhin wird im ESS-Frageprogramm berücksichtigt, ob ein Befragter deutscher Staatsangehöriger ist. Ist dies nicht der Fall, wird die ausländische Staatsangehörigkeit

erhoben. Durch die Berücksichtigung des elterlichen Geburtsortes ist es möglich, neben ausländischen auch eingebürgerte Personen der zweiten Migrantengeneration im Datensatz zu identifizieren.¹⁰

Dies qualifiziert den *European Social Survey* als Datenbasis zur Untersuchung von Personen mit Migrationshintergrund. Für die vorliegenden Analysen werden die ersten vier Wellen aus den Jahren 2002, 2004, 2006 und 2008 (ESS 1- ESS 4) genutzt. Durch das Zusammenführen der Daten dieser vier Erhebungswellen erhält man 1.697 Personen mit Migrationshintergrund (14,8 Prozent aller Befragten in den Erhebungswellen 1-4), und damit einen Umfang an Fällen, der tiefer gehende Analysen erlaubt. Davon zählen 917 Fälle (8,0 Prozent aller Befragten in den Erhebungswellen 1-4) zur ersten Zuwanderergeneration, d.h. diese Befragten sind nicht in Deutschland geboren. 780 Befragte (6,8 Prozent aller Befragten der Erhebungswellen 1-4) gehören der in Deutschland geborenen zweiten Zuwanderergeneration an. Die Fallzahl der Personen ohne Migrationshintergrund beläuft sich auf n=9.720. Mit der Zusammenlegung verschiedener Erhebungswellen geht einher, dass keine Aussagen über die politische Beteiligung zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen werden können, sondern nur für einen bestimmten Zeitraum. Bei den mit dem ESS 2002-2008 ermittelten Ergebnissen handelt es sich also um die zusammengefassten durchschnittlichen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Befragten in diesem Zeitraum. Einschränkend wird darauf hingewiesen, dass die Befragung nur in deutscher Sprache durchgeführt wird. Es werden nur dann Fragebögen in verschiedenen Sprachen innerhalb eines Landes verwendet, wenn die sprachliche Minderheit mehr als fünf Prozent der Gesamtbevölkerung ausmacht – eine Quote, die auf keine sprachlich distinkte Bevölkerungsgruppe in Deutschland Anwendung findet. Dies bedeutet, dass die Teilnahme am ESS in Deutschland ein relativ hohes Maß an Deutschkenntnissen voraussetzt. Personen mit weniger profunden Deutschkenntnissen werden sich höchstwahrscheinlich aus Verständnis- und Kommunikationsgründen nicht an der Umfrage beteiligen. Es ist davon auszugehen, dass dies vor allem erst kürzlich

⁷ Die Daten des ESS sind verfügbar unter <http://ess.nsd.uib.no/>

⁸ Weitere Informationen zum *European Social Survey* finden sich unter <http://www.europeansocialsurvey.org/>

⁹ Weitere Informationen zur deutschen Teilstudie des *European Social Survey* finden sich unter <http://www.europeansocialsurvey.de/>

¹⁰ In der ersten Erhebungswelle 2002 wurde nur nach dem Geburtskontinent der Eltern gefragt, wenn diese nicht in Deutschland geboren wurden. In den nachfolgenden Erhebungen ist man dazu übergegangen, auch bei Vater und Mutter das Geburtsland zu erheben.

eingewanderte Personen betrifft.¹¹ Für die Nutzung des ESS für Analysen über Zuwanderer sprechen trotz dieses Umstandes die hohen Fallzahlen, die tiefer gehende Analysen ermöglichen, die über reine Beschreibungen hinausgehen (vgl. Aleksynska 2007: 61).

Die Deutsche Wahlstudie – German Longitudinal Election Study (GLES)¹²

Eine auf die empirische Wahlforschung zugeschnittene Umfrage besteht seit 2009 mit der „Deutschen Wahlstudie“ (*German Longitudinal Election Study*, GLES). Die GLES beobachtet für die Bundestagswahl im Jahre 2009, wie die Wählerschaft auf neue komplexe Konstellationen elektoraler Politik reagiert. Replikationen dieser Studie sind für die Bundestagswahlen in den Jahren 2013 und 2017 geplant. In diesem bislang umfassendsten Projekt der deutschen Wahlforschung werden als Erhebungsinstrumente Querschnittsumfragen sowie kurz- und langfristige Längsschnittumfragen eingesetzt und mit einem Kandidatensurvey sowie Inhaltsanalysen der Medienberichterstattung kombiniert.

Den Kern der Studie bildet eine persönlich-mündliche Befragung einer Zufallsstichprobe der Wählerschaft, die in einen Vorwahl- und einen Nachwahlquerschnitt aufgeteilt wird. Diese Querschnitte enthalten eine große Anzahl an Variablen, um die Hintergründe der Wahlentscheidungen möglichst umfassend analysieren zu können. Die Gesamtanzahl an Interviews beträgt 4.200, die sich gleichmäßig auf die Vorwahl- und Nachwahlquerschnittumfrage verteilen, die somit jeweils rund 2.100 Befragte beinhalten.¹³ Diese Fallzahlen gewährleisten aussagekräftige Analysen von Subgruppen der Wählerschaft.

11 Dies ist ein Problem bei Umfragen unter Personen mit Migrationshintergrund, das nicht allein den ESS betrifft. Mit Ausnahme des Integrationssurveys des BiB (s.u.) wurden bei keiner der hier beschriebenen Umfragen mehrsprachige Erhebungsinstrumente eingesetzt. Zur Auswirkung von Mehrsprachigkeit der Fragebögen und der Interviewer auf die Umfragebeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund siehe beispielsweise Babka von Gostomski/Pupeter (2008: 170f.), Galonska et al. (2004: 29) und Blohm/Diehl (2001: 231).

12 Dieser Abschnitt beruht auf Informationen der Webseiten der GLES, wo sich auch weitere Informationen finden: <http://www.gles.eu/index.htm>. Die Daten sind erhältlich unter <http://www.gesis.org/gles>.

13 Vgl. <http://www.gles.eu/design-1.htm>

Alle wahlberechtigten deutschen Bürger mit dauerhaftem Aufenthalt im Inland gehören zur Grundgesamtheit. Die GLES enthält wie der ESS ein differenziertes Konzept zur Modellierung des Migrationshintergrundes, durch welches sich Personen mit Migrationshintergrund leicht identifizieren lassen, da das Geburtsland des Befragten sowie – falls zutreffend – dessen frühere Staatsangehörigkeit und das Geburtsland der Eltern erhoben werden. Eine Differenzierung des Migrationshintergrundes nach Personen mit eigener Wanderungserfahrung und der in Deutschland geborenen Folgegeneration ist daher möglich. Insgesamt haben 9,3 Prozent (n=396) der Befragten der GLES 2009 einen Migrationshintergrund. Dabei zählen 4,3 Prozent (n=182) der Befragten zur ersten Zuwanderergeneration und 5,3 Prozent (n=214) zur zweiten Zuwanderergeneration.

Sozio-oekonomisches Panel (SOEP)

Das Sozio-oekonomische Panel (SOEP) ist eine seit 1984 jährlich durchgeführte, repräsentative Panelbefragung privater Haushalte in Deutschland, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin getragen wird. Die Studie umfasste im Erhebungsjahr 2010 rund 11.000 Haushalte. Themenschwerpunkte sind unter anderem Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit (vgl. Wagner et al. 2007). Auch zum Bereich der politischen Beteiligung hält das SOEP Informationen bereit, so zum politischen Interesse und zur Verbundenheit mit einer Partei sowie der konkreten Parteineigung.

Das SOEP besteht aus inzwischen acht Teilstichproben A bis H, von denen sich zwei explizit auf Zuwanderer beziehen, nämlich die Teilstichprobe B (Haushalte mit einem Haushaltsvorstand türkischer, italienischer, spanischer, griechischer oder jugoslawischer Nationalität, befragt seit 1984) und die Teilstichprobe D (Zuwanderer, die seit 1984 nach Westdeutschland kamen, befragt seit 1994/95). Jedoch lassen sich auch in den übrigen sechs Teilstichproben des SOEP Ausländer bzw. Zuwanderer identifizieren. Die hinreichenden Fallzahlen und das breite Themenspektrum der Befragung, das auch subjektive Indikatoren umfasst, haben das SOEP zu einer wichtigen und viel genutzten Datenquelle der Migrations- und Integrationsforschung gemacht (vgl. Frick 2004).

Politbarometer 1999 und Neubürger-Studie

Das ZDF-Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen ist eine Meinungsumfrage, in der seit 1977 monatlich zufällig ausgewählte wahlberechtigte Personen in Deutschland befragt werden. Für seine Forschungszwecke konnte Andreas M. Wüst das Politbarometer von Februar bis Dezember 1999 um Variablen erweitern, mit denen eine Identifizierung von eingebürgerten Personen mit Migrationshintergrund für diesen Zeitraum möglich wurde (vgl. Wüst 2002: 78). Erreicht wurden hierdurch 660 Eingebürgerte mit Migrationshintergrund. Die Fragen zur politischen Partizipation beschränken sich auf die Wahlabsicht. Politische Einstellungen wurden u.a. durch Fragen zum politischen Interesse, der Links-Rechts-Selbsteinstufung und der Parteinähe erhoben (vgl. Wüst 2002: 83). Daneben sind Fragen zum politischen Wissen enthalten.¹⁴

Die sogenannte Heidelberger Neubürgerstudie aus dem Jahre 1999 von Andreas M. Wüst ist eine Umfrage, die speziell zur Erforschung des Wahlverhaltens von Migranten konzipiert wurde, um den bis dahin bestehenden Mangel an Analysen der empirischen Wahlforschung zu Migranten zu kompensieren (Wüst 2002: 26 und 55). Das Frageprogramm der Neubürgerstudie orientierte sich in Teilen an den Fragen des Politbarometers. Mit der Wahlabsicht bei der kommenden Wahl und der Rückerinnerungsfrage zur vergangenen Wahl sind Fragen zur Nutzung elektoraler Partizipationsformen enthalten (Wüst 2002: 71). Ebenfalls erhoben wurde die Nutzung nicht-elektoraler Beteiligungsformen, u.a. die Mitarbeit in einer Partei, die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung und die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration (Wüst 2002: 73). Die umfassende Berücksichtigung elektoraler und nicht-elektoraler Partizipationsformen stellt eine Erweiterung des Politbarometer-Frageprogramms dar. Des Weiteren wurden ähnliche Einstellungsvariablen wie im Politbarometer berücksichtigt, wie das politische Interesse, die Links-Rechts-Selbsteinstufung und Fragen zur Parteinähe (Wüst 2002: 70f.), sowie Fragen zum politischen Wissen.¹⁵ Die 378 Befragten wurden unter allen Personen ausgewählt, die zwischen 1988 und 1997 eingebürgert worden waren und zum 28. Mai

1998 in Heidelberg lebten (Wüst 2002: 55). Ein weiteres Auswahlkriterium lautete, dass die Befragten vor 1981 geboren sein mussten (d.h. zum Befragungszeitpunkt 18 Jahre alt waren), um aus Altersgründen nicht wahlberechtigte Personen aus der Umfrage auszuschließen.

Die beiden Umfragen – Politbarometer 1999 und Heidelberger Neubürgerstudie – erfassen somit Daten über das Wahlverhalten von 1.038 Neubürgern, deren Wurzeln zu rund drei Vierteln in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion, in der Türkei, Rumänien und Polen liegen (Wüst 2002: 87f.).

Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB)

Der Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) ist eine Mehrthemenbefragung deutscher, türkischstämmiger¹⁶ und italienischstämmiger junger Erwachsener im Alter von 18 bis 30 Jahren aus dem Jahre 2000 (Diehl 2005a: 11ff.). Alle drei Personengruppen umfassen je ca. 1.200 Befragte. Bei den Personen mit türkischem und italienischem Hintergrund wurden sowohl eingebürgerte als auch ausländische Personen berücksichtigt. Auch eine Unterscheidung nach erster und zweiter Zuwanderergeneration ist grundsätzlich möglich, da sowohl nach dem Geburtsland der Befragten als auch nach dem Geburtsland der Eltern gefragt wurde.

Der Themenbereich der politischen Partizipation wird ebenfalls im Fragenspektrum berücksichtigt. Konkret handelt es sich hierbei um Fragen, die auf die Nutzung unterschiedlicher Partizipationsformen abzielen, nämlich das Schreiben eines Briefes an einen Politiker, die Übernahme eines politischen Amtes, die Mitgliedschaft in einer Partei, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative und die Teilnahme an einer Demonstration (Diehl 2005b: 302).

14 Zum ausführliche Frageprogramm siehe Wüst 2002 (S. 82ff. und Anhang A-2).

15 Für die Begründung der Auswahl der Items und dem ausführliche Frageprogramm siehe Wüst 2002 (S. 70ff. und Anhang A-1).

16 Der Begriff „türkischstämmig“ wurde in den vergangenen Jahren durch den Begriff „türkeistämmig“ abgelöst. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass nicht alle Personen, die aus der Türkei stammen, Türken sind. Aus der Türkei nach Deutschland zugewandert sind auch Angehörige anderer ethnischer Gruppen, wie beispielsweise Kurden oder Lasen. Im vorliegenden Working Paper wird der Begriff türkischstämmig dennoch angewandt, wenn dieser im Originaltext, auf den Bezug genommen wird, auch verwandt wurde. Es ist regelmäßig davon auszugehen, dass damit nicht nur türkischstämmige Zuwanderer gemeint sind, sondern türkeistämmige Migranten im Allgemeinen.

1.2 Forschungsüberblick

Der folgende Überblick über bestehende Forschungsarbeiten stellt, ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, die Ergebnisse von Studien mit unterschiedlichen Schwerpunkten zu politischer Teilhabe von Migranten in Deutschland dar. Detaillierter vorgestellt werden dabei Untersuchungen, die im Kapitel 2 dieses Working Papers nicht mehr thematisiert werden. Dort wird dafür ausführlicher auf theoretische Modelle und empirische Ergebnisse eingegangen, die einen unmittelbaren Bezug zu den eigenen, mit dem ESS und der GLES vorgenommenen Analysen haben.

Empirische Untersuchungen über politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland basieren größtenteils auf dem SOEP (vgl. Diehl/Urbahn 1998; Diehl/Blohm 2001; Doerschler 2004; Kroh/Tucci 2009).¹⁷ Die Studien konzentrieren sich gemäß dem Frageprogramm des SOEP auf die Darstellung und Erklärung der Parteineigung und -identifikation sowie auf das politische Interesse von Migranten. Dabei spielen der Vergleich mit Personen ohne Migrationshintergrund sowie vergleichende Analysen von Migrantengruppen aus unterschiedlichen Herkunftsländern eine Rolle.

Zu den deskriptiven Befunden dieser Studien gehört, dass sich Migranten seltener als Deutsche mit einer Partei identifizieren (Diehl/Urbahn 1998: 38; Diehl/Blohm 2001: 411), jedoch mit der Aufenthaltsdauer der Anteil der Migranten mit einer Parteineigung ansteigt (Kroh/Tucci 2009: 822). Ebenfalls weisen Migranten ein geringeres Interesse an Politik auf (Doerschler 2004: 469; Diehl/Urbahn 1998: 34; Diehl/Blohm 2001: 411). Eine Untersuchung der spezifischen Identifikation der Migranten mit einer Partei für die Jahre 2000 bis 2008 auf der Basis des SOEP ergab, dass in der Migrantengruppe ein ähnliches Präferenzmuster für die deutschen Parteien vorliegt wie in der Gruppe ohne Migrationshintergrund (Kroh/Tucci 2009: 824). Unterschiede in der Bindung an eine Partei sind zwischen den einzelnen Herkunftsgruppen zu verzeichnen, insbesondere zwischen der Gruppe der (Spät-)Aussiedler und den Personen, die aus ehemaligen Anwerbeländern stammen.

Eine der ersten Studien, die über die Untersuchung der Parteipräferenz von Migranten hinausgeht und sich mit Wahlverhalten von Neubürgern beschäftigt, wurde von Andreas M. Wüst verfasst (Wüst 2002). Seine Arbeit unterscheidet sich von anderen bis dahin erschienen Arbeiten zum Thema Migration und Partizipation dadurch, dass er zur Erklärung des Wahlverhaltens von Migranten eine allgemeine Theorie zur Stimmabgabe bei Wahlen heranzieht und für Migranten erweitert. Insofern wird ihm eine „Pionierfunktion“ im deutschsprachigen Raum zugeschrieben (Hunger/Candan 2009: 19). Die Ergebnisse dieser Studie basieren auf der Auswertung der Heidelberger Neubürger-Studie und dem Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen (beides aus dem Jahr 1999) und wurden in zahlreichen Publikationen mit unterschiedlichen Schwerpunkten veröffentlicht (Wüst 2000; Wüst 2002; Wüst 2003; Wüst 2004; Wüst 2006). Ein weiteres Produkt seiner Untersuchungen sind Erkenntnisse zu den politischen Einstellungen der Eingebürgerten. Aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stammende (Spät-)Aussiedler weisen ein vergleichbar niedrigeres politisches Interesse und politische Informiertheit auf. Zudem nutzen sie die Unterscheidung „links“ und „rechts“ seltener als andere Migrantengruppen, um sich im politischen Spektrum zu verorten (Wüst 2002: 218).

Befunde zur allgemeinen politischen Aktivität von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland liegen ebenfalls vor (vgl. Wüst 2002; Diehl 2005b). Die Absicht, bei der nächsten Wahl wählen zu gehen, wird in den Politbarometer-Umfragen von 1999 von Neubürgern und gebürtigen Deutschen auf vergleichbar hohem Niveau bejaht, jedoch bestehen Unterschiede bei der rückblickenden Frage, ob bei der vergangenen Wahl auch tatsächlich gewählt wurde: Neubürger bejahen diese Frage seltener als Deutsche ohne Migrationshintergrund (Wüst 2002: 166ff.). Begünstigend für die Wahlbeteiligung wirken sich bei Neubürgern die Konfessionszugehörigkeit und die Kirchgangshäufigkeit aus sowie die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft. Auch das politische Interesse und die Stärke der Identifikation mit einer Partei beeinflussen die Wahlbeteiligung positiv. Migrationsspezifische Aspekte, wie beispielsweise das Herkunftsland, spielen keine Rolle für die Wahlbeteiligung (ebd.: 170f.).

Bei der Nutzung von politischen Partizipationsformen, die über das Wählen hinausgehen, bleiben Personen mit Migrationshintergrund hinter Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Dies ergeben sowohl

¹⁷ Für einen Forschungsüberblick zum Thema politische Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund, der über empirische Studien der quantitativen Sozialforschung hinausgeht, siehe Hunger/Candan 2009.

Analysen von Andreas M. Wüst, die Ergebnisse der Heidelberger Neubürger-Studie den Resultaten aus dem ALLBUS 1998 gegenüberstellen (Wüst 2002: 171), als auch Berechnungen von Claudia Diehl auf der Grundlage des Integrationssurveys des BiB (Diehl 2005b: 302). Vergleichsweise häufig beteiligen sich Migranten an Unterschriftensammlungen oder an genehmigten Demonstrationen (Wüst 2002: 171 und 302). Als wichtiger Faktor, der die nicht-elektorale Partizipation begünstigt, erweist sich die Mitgliedschaft in einem Verein (Diehl 2005b: 304).

Ein weiterer Aspekt, der im Zusammenhang mit politischer Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund eine Rolle spielt, ist die Frage, inwieweit sie als Politiker, beispielsweise im Bundestag, vertreten sind. Sara Claro da Fonseca beschäftigt sich mit der Kandidatur von Personen mit Migrationshintergrund für den Deutschen Bundestag. Auf der Grundlage des IMMCANDS-Datensatzes errechnete sie den Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund für die Wahljahre 1998, 2002 und 2005 (Claro da Fonseca 2006). Der IMMCANDS-Datensatz umfasst alle Wahlbewerber zum Deutschen Bundestag seit 1990. Neben Individualdaten zu den Kandidaten sind die Wahlergebnisse der Parteien und Strukturdaten der Wahlkreise enthalten. Der Migrationshintergrund eines Kandidaten wurde nach dem *foreign born*-Konzept festgelegt, d.h. jedem Kandidaten, der außerhalb Deutschlands geboren wurde, wird ein Migrationshintergrund unterstellt. Ausgenommen hiervon sind Personen, die vor 1950 in die Bundesrepublik Deutschland eingewandert sind, da es sich hierbei mit hoher Wahrscheinlichkeit um Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten handelt. Ebenfalls ausgeschlossen wurden Personen, die weder in Deutschland noch in Osteuropa oder in den Ländern der ehemaligen Sowjetunion geboren wurden und gleichzeitig einen deutschen Nachnamen tragen. Dies gründet sich auf die Annahme, dass es sich bei solchen Fällen größtenteils um Personen handelt, die während eines Auslandsaufenthaltes der Eltern geboren wurden. In Deutschland geborene Kandidaten mit Migrationshintergrund konnten teilweise anhand ihres Nachnamens identifiziert werden (Claro da Fonseca 2006: 32).

Gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung und gemessen an dem Stimmanteil, den die Parteien von Personen mit Migrationshintergrund zu erwarten haben, sind Kandidaten mit Migrationshintergrund in allen im Bundestag vertretenen Parteien unterre-

präsentiert. Dabei variiert ihre Repräsentanz zwischen den Parteien erheblich.

In dem untersuchten Zeitraum bewegte sich der Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund an der Gesamtwerberzahl bei CDU/CSU, SPD und FDP zwischen 0,7 Prozent und 1,5 Prozent, bei den Grünen lag er zwischen 2,7 Prozent und 3,3 Prozent. Am höchsten ist der Anteil der Kandidaten mit Migrationshintergrund bei der PDS/Die Linke. In dieser Partei belief er sich auf 3,6 Prozent bis 4,9 Prozent (Claro da Fonseca 2006: 34). Die Unterrepräsentation von Kandidaten mit Migrationshintergrund für den Deutschen Bundestag sei, so die Autorin, nicht nur den Zugangsvoraussetzungen für eine Kandidatur geschuldet. Hinzu komme, dass in der Gruppe mit Migrationshintergrund niedrige Bildungsabschlüsse vergleichsweise häufig vertreten sind. Personen ohne Migrationshintergrund, die aus einer vergleichbar niedrigen Bildungsschicht stammen, bekleideten ebenfalls seltener ein Mandat im Bundestag. Die Unterrepräsentation sei somit teilweise auf einen Schichteneffekt zurückzuführen (ebd.: 35).

Eine Untersuchung von Andreas M. Wüst und Thomas Saalfeld über Abgeordnete mit Migrationshintergrund in verschiedenen europäischen Ländern ab dem Jahre 2006 bestätigte den Befund von Claro da Fonseca: In allen vier untersuchten Parlamenten – Vereinigtes Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden – sind Migranten unterrepräsentiert (Wüst/Saalfeld 2011: 317). Überwiegend gehören sie Parteien des linken politischen Spektrums an. Ihre Chancen, gewählt zu werden, steigen mit der Größe des Wahlkreises und mit dem Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in ihrem Wahlkreis (Wüst/Saalfeld 2011: 319f.). Im Ergebnis zeigt sich, dass für Personen mit Migrationshintergrund nicht nur ihre individuellen Eigenschaften zählen, sondern auch die Voraussetzungen des Umfeldes eine Rolle dafür spielen, ob der Wille, ein politisches Amt zu übernehmen, realisiert werden kann.

Auf die Repräsentanz von Migranten in den deutschen Kommunalparlamenten konzentriert sich eine neuere Studie des Max-Planck-Institutes zur Erforschung multireligiöser und multiethnischer Gesellschaften, die in Kooperation mit der Heinrich-Böll-Stiftung durchgeführt wurde (Schönwälder et al. 2011). Nach den vorliegenden Ergebnissen ist in den 77 deutschen Städten mit mehr als 100.000 Einwohnern die Zahl

der Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in der letzten Dekade von 116 auf 198 gestiegen. Nach wie vor sind jedoch nur 4 Prozent der Ratsmitglieder Zuwanderer oder deren Nachfahren, was deutlich unter ihrem Bevölkerungsanteil (gerade in Großstädten) liegt (Schönwälder et al. 2011: 12). Die Studie beleuchtet darüber hinaus die Verteilung der Mandatsträger mit Migrationshintergrund auf Parteien, ihren sozio-ökonomischen Hintergrund sowie ihre Erfahrungen und Ziele als Ratsmitglieder.

Einen relativ neuen Forschungszweig in der politischen Partizipationsforschung in Zusammenhang mit Migration bildet die Auseinandersetzung mit der Internetnutzung von Migranten, um innerhalb der eigenethnischen Gemeinschaft gesellschaftlich oder politisch aktiv zu werden und sich zu organisieren (vgl. Hunger/Candan 2009: 38; Worbs 2010: 34ff.). Diese internetbasierte Organisationsform wird auch als „virtuelle Diaspora“ bezeichnet (Kissau 2007: 2) und richtet sich in ihren Aktivitäten und behandelten Themen nicht nur auf das Zielland, sondern auch auf das Herkunftsland der jeweiligen Migrantengruppe. Das Internet als Instrument für politische Aktivität für verschiedene Migrantengruppen in Deutschland

wurde von Kathrin Kissau und Uwe Hunger (2009) untersucht. Ein Resultat ihrer Untersuchung ist, dass insbesondere Personen, deren Eltern aus der Türkei nach Deutschland zugewandert sind, das Internet für politische Belange nutzen. Russischstämmige Internetnutzer seien unpolitischer (Kissau/Hunger 2009; vgl. Hunger/Candan 2009: 39).

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass seit Ende der 1990er Jahre die Zahl der Arbeiten steigt, die sich mittels quantitativ-empirischer Analysen mit der politischen Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund auseinander setzen. Aus der Zusammenschau einer Auswahl bisheriger Forschungsarbeiten lassen sich einige Befunde herauslesen, die sich trotz der unterschiedlichen Schwerpunktsetzung und des unterschiedlichen Datenmaterials ähneln. Dies ist einerseits der Befund, dass Personen mit Migrationshintergrund in ihrer politischen Teilhabe hinter Personen ohne Migrationshintergrund zurückbleiben. Andererseits konnte durchgängig festgestellt werden, dass auch die Gruppe mit Migrationshintergrund nicht homogen ist. Es zeigten sich vor allem Unterschiede in der Ausprägung politischer Einstellungen zwischen Personen aus verschiedenen Herkunftsländern.

2 Die Teilnahme von Personen mit Migrationshintergrund am politischen Leben

Im nun folgenden Abschnitt des Working Papers werden Analysen zur politischen Teilhabe auf der Basis des *European Social Survey* (ESS) und der Deutschen Wahlstudie (GLES) vorgestellt und durch Befunde aus der bestehenden Literatur ergänzt.

Wegen der immensen Wichtigkeit politischer Beteiligung für Demokratien hat auch die Partizipationsforschung einen hohen Stellenwert in der Politikwissenschaft. Sie ist in dieser Disziplin ein theoretisch weit entwickeltes und empirisch häufig beforschtes Thema (vgl. van Deth 2003: 185f.). Mit der Entwicklung der Umfrageforschung konnten theoretische Modelle, die auf der Ebene des Individuums Erklärungen für gesellschaftliche Phänomene suchen, weiterentwickelt werden. Diese Ansätze haben sich als äußerst erklärungskräftig für die Herausbildung politischer Einstellungen und politischen Verhaltens erwiesen. Insbesondere das *Civic Voluntarism Model* (CVM) von Verba et al. (1995) ist in der Lage, politische Beteiligung und deren Ursachen vergleichsweise präzise zu benennen und die Zusammenhänge theoretisch fundiert zu begründen. Deshalb hat es sich als zentral für die politische Partizipationsforschung herauskristallisiert. Das *Civic Voluntarism Model* führt politische Beteiligung von Individuen auf drei Faktorenbündel zurück. Dies sind erstens Ressourcen, zweitens politische Einstellungen und drittens Netzwerke.

Einige Annahmen des CVM konnten für Migranten überprüft werden. Der förderliche Einfluss von Ressourcen wie Bildung oder Einkommen auf politische Teilhabe von Migranten konnte sowohl für Deutschland (vgl. Doerschler 2004; Diehl/Urbahn 1998: 38; Diehl/Blohm 2001: 413) als auch international (vgl. Bueker 2005; Arvizu/Garcia 1996; McAllister/Makkai 1992) nachgewiesen werden. Auch die Wirkung ver-

schiedener politischer Einstellungen auf die politische Partizipation von Migranten ist belegt (vgl. Wüst 2002: 170 und 218f.).

Mehrere Studien nehmen sich des Zusammenhangs zwischen der Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke und politischer Beteiligung von Migranten an. Gängig ist hierbei die Unterscheidung zwischen herkunftsland- und aufnahmelandorientierten Netzwerken. Während die Resultate einiger Untersuchungen nahelegen, dass Netzwerke des Ziellandes politische Partizipation von Migranten stärker begünstigen als herkunftsbezogene Netzwerke (vgl. für Deutschland: Diehl 2005b; international: Jacobs et al. 2004; Togeby 2004), erweist sich in anderen Untersuchungen die Einbindung sowohl in migrantische als auch in aufnahmelandbezogene Netzwerke als förderlich für politische Beteiligung (vgl. für Deutschland: Berger et al. 2002; Berger et al. 2004; international: Tillie 2004; Bilodeau 2009; Gidengil/Stolle 2009; Wald 2008).

Nicht enthalten im *Civic Voluntarism Model*, welches den Anspruch erhebt, ein allgemeines Modell politischer Beteiligung zu sein, sind konsequenterweise Faktoren, die migrationsbezogenen Besonderheiten der politischen Partizipation Rechnung tragen. Aus der empirischen Literatur zu politischer Beteiligung von Zuwanderern lassen sich drei häufig genannte migrationspezifische Aspekte als einflussreich für deren politische Teilhabe herauslesen: die politische Prägung des Herkunftslandes und die Zeit, die bereits im Aufnahmeland verbracht wurde, sowie die politischen Rechte, die Migranten zur Verfügung stehen.

In Bezug auf die Annahme, dass die politische Prägung des Herkunftslandes auch im Aufnahmeland fortwirkt, wird konstatiert, dass neue politische Eindrücke im

Raster des bereits Gelernten und Erfahrenen bewertet, eingeordnet und verarbeitet werden. Soweit es möglich ist, schöpfen Migranten aus ihrem Erfahrungsschatz mit politischer Partizipation vor der Wanderung und bringen diese Erfahrungen in die neue politische Umgebung ein (vgl. Finifter/Finifter 1989: 600; Black 1987: 752; Wals 2010: 7f.). Internationale Studien konnten belegen, dass Zuwanderer aus politischen Strukturen, die dem Aufnahmesystem ähneln, ihre politischen Erfahrungen leichter übertragen können, während dies Personen aus davon abweichenden politischen Umgebungen schwerer fällt (vgl. Bueker 2005; Bilodeau 2008). Dies betrifft sowohl das Niveau als auch die Struktur politischer Partizipation. Bueker (2005) stellt in ihrer Untersuchung dar, dass sich Migranten aus nicht-demokratischen Staaten zu einem geringeren Anteil an Wahlen beteiligen als Zuwanderer aus demokratischen Ländern. Bilodeau (2008) zeigte in einem Vergleich von Zuwanderern nach Kanada und Australien, dass es Unterschiede nach demokratischem und nicht-demokratischem Herkunftsland in der Nutzung von Partizipationsformen gibt. Die Wirkung der politischen Herkunftsstruktur scheint nicht nur für politische Aktivität zu gelten, sondern auch für politische Einstellungen. Bilodeau et al. (2010) weisen nach, dass demokratische Einstellungen unter Migranten aus autoritären Staaten nicht unbedingt geringer ausgeprägt sind als bei den Vergleichsgruppen, sondern dass Demokratie für sie anscheinend nicht die einzige akzeptable Staatsform sei. In Bezug auf Migranten in Deutschland konnte ebenfalls belegt werden, dass Unterschiede in den politischen Einstellungen von Migranten je nach Herkunftsland bestehen (vgl. Wüst 2002; Caballero 2007). Beispielsweise befürworteten in der Mainzer Ausländerstudie Personen aus den „traditionsreichen“ Demokratien USA und Frankreich“ (Caballero 2007: 117f.) die Idee der Demokratie häufiger auf einem hohen Niveau als Personen aus Polen, Italien oder Portugal (Caballero 2007: 116ff.).

Der Einfluss der Herkunftsprägung scheint jedoch zeitlich begrenzt zu sein. Untersuchungen legen nahe, dass das politische Verhalten umso eher den Gepflogenheiten des Aufnahmelandes angepasst wird und sich politische Einstellungen wie beispielsweise Parteipräferenzen festigen, je weiter der Einreisezeitpunkt zurückliegt (vgl. Wong/Tseng 2008; Lim et al. 2006; Cain et al. 1991; Wald 2008; Arvizu/Garcia 1996; Ramakrishnan/Espenshade 2001). Politische Erfahrungen, die vor der Migration gesammelt wurden, treten mit der Anpassung an die Aufnahmegesellschaft in den

Hintergrund, so dass es zu einer politischen Re-Sozialisation kommen kann.

In ihrer Untersuchung zu ukrainischen Zuwanderern nach Deutschland und Israel kam Bagno (2006) zu dem Ergebnis, dass weniger der Herkunftskontext eine Rolle spielt als die Gegebenheiten im Aufnahmeland. Ob und wie Migranten politisch partizipieren, ist demnach auch ein Ergebnis aktueller Kontexteinflüsse. Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Fidrmuc und Doyle (2004), die das Wahlverhalten von tschechischen und polnischen Staatsangehörigen untersuchten, die im Ausland leben, sich aber dennoch an den Wahlen ihrer Herkunftsländer beteiligen. Die Autoren fanden durch ihre Resultate bestätigt, dass das Wahlverhalten dieser *expatriates* signifikant von ihrer aktuellen politischen Umgebung, also der des Aufnahmelandes, beeinflusst wird. Ebenfalls das Wahlverhalten im Fokus, untersuchten Ramakrishnan und Espenshade (2001) lateinamerikanische Zuwanderer in den USA und stellten fest, dass die unterschiedliche Herkunft der Befragten nicht von Bedeutung war, jedoch die politischen Gegebenheiten ihres Umfeldes in den USA.

Die ungleiche Verfügbarkeit über politische Rechte von ausländischen gegenüber deutschen Personen mit Migrationshintergrund scheint sich nicht nur in den Bereichen zu zeigen, die vom Gesetzgeber vorgesehen sind (d.h. der Ausschluss von Ausländern vom aktiven und passiven Wahlrecht), sondern auch darüber hinaus. Koopmans (2006) konnte anhand eines Ländervergleichs darstellen, dass sich vom Gesetzgeber vorgegebene Einschränkungen in der individuellen Gleichberechtigung von Migranten und in der Anerkennung von Gruppenunterschieden in den Inhalten und in den Formen politischer Partizipation von Migranten manifestieren (vgl. Koopmans 2006: 37f.). Auch andere Autoren halten es auf der Grundlage ihrer Untersuchungen für möglich, dass sich die rechtlichen Möglichkeiten von Migranten zur politischen Partizipation auf ihre politischen Einstellungen auswirken (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 35; Diehl/Blohm 2001: 417; Diehl 2002: 215).

Der folgende Teil des Working Papers stellt Ergebnisse auf der Grundlage von ESS¹⁸ und GLES¹⁹ über die Teil-

18 European Social Survey. Kumulierter Datensatz für Deutschland. Runde 1-4. Version: ESS1-4e01.0_F1.sav.

19 GLES. Vor- und Nachwahlquerschnitt (Kumulation). ZA 5302. Version: ZA5302_Pre1.3.sav.

nahme von Personen mit Migrationshintergrund am politischen Leben in Deutschland vor. Zu Beginn wird auf unterschiedliche politische Einstellungen und ihre Ausprägungen in der Migrantenpopulation eingegangen. Dazu zählen das politische Interesse, die politische *Efficacy*, aber auch die Links-Rechts-Selbsteinstufung, die Parteinähe sowie die Identifikation mit einer Partei. Die drei letztgenannten politischen Einstellungen hängen besonders stark mit der Wahlbeteiligung und dem Stimmverhalten bei Wahlen zusammen. Diese werden in dem darauf folgenden Kapitel thematisiert. Kapitel 2.3 beschäftigt sich mit der Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen durch Migranten. Bei den mit dem ESS 2002-2008 ermittelten Ergebnissen handelt es sich um die zusammengefassten durchschnittlichen politischen Einstellungen und Verhaltensweisen der Befragten in diesem Zeitraum. Es können keine Aussagen über die politische Beteiligung zu einem bestimmten Zeitpunkt getroffen werden. Ebenfalls können keine Prognose über Entwicklungen der politischen Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund getroffen werden.

2.1 Politische Einstellungen

Nicht nur sozialstrukturelle Merkmale wie sozialer Status, Alter und Geschlecht haben einen Einfluss auf das politische Verhalten. Einen großen Beitrag zur Erklärung von politischer Partizipation leisten ebenfalls politische Einstellungen (vgl. Hansen 2009; Verba et al. 1995). Eine Einstellung ist als Neigung zu verstehen, konsistent (positiv oder negativ) auf Objekte, Personen oder Ereignisse zu reagieren (vgl. Ajzen 1988: 4). Politische Einstellungen dienen dementsprechend als Orientierungshilfe, um sich in der politischen Umwelt zurechtzufinden und sie zu bewerten. Man geht davon aus, dass politische Einstellungen dem politischen Verhalten vorgelagert sind und es direkt beeinflussen (vgl. Gabriel 2005: 464; Ajzen/Fishbein 1980: 5). Sie umfassen eine Vielzahl von Konzepten, mit denen das Ausmaß erfasst wird, in dem eine Person mit dem Bereich der Politik verbunden ist und wie viel Interesse sie diesem Bereich entgegenbringt (vgl. Caballero 2005: 348; Campbell et al. 1960: 101f.).

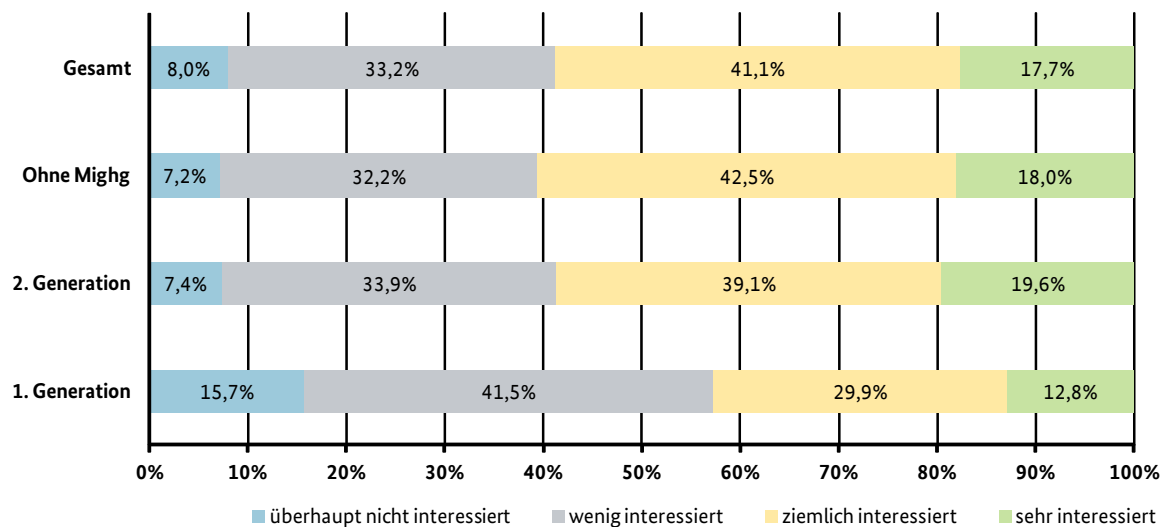
Die politischen Einstellungen, die hier betrachtet werden, sind das politische Interesse und die politische *Efficacy* einer Person. Unter politischer *Efficacy* versteht man, wie souverän eine Person mit politischen

Informationen und Inhalten umgeht, wie hoch sie ihre Kompetenz im Umgang mit politischen Inhalten einschätzt und wie stark sie ihre Autorität einschätzt, politische Geschehnisse und Inhalte durch ihr Handeln zu beeinflussen. Es geht also um die subjektive Wahrnehmung der eigenen politischen Kompetenz (vgl. Reef/Knoke 1999: 414). Weitere politische Einstellungen, die in diesem Working Paper thematisiert werden, sind die Links-Rechts-Selbsteinstufung, die Parteinähe und die Parteidentifikation.

2.1.1 Politisches Interesse

Eine Grundannahme der sozialpsychologisch ausgerichteten Partizipationsforschung ist, dass politisches Interesse motivierend auf die Teilnahme an politischen Aktivitäten wirkt (vgl. Verba et al. 1995: 345; Milbrath/Goel 1977: 46). Das politische Interesse dient als Indikator dafür, ob der Bevölkerung politische Belange wichtig genug sind, um sich darüber zu informieren oder eventuell dafür aktiv zu werden. Das geringere politische Interesse von Personen mit Migrationshintergrund verglichen mit Personen ohne Migrationshintergrund ist dokumentiert (vgl. Doerschler 2004: 469; Diehl/Urbahn 1998: 34; Diehl/Blohm 2001: 411; Wüst 2002: 131). Bestimmungsfaktoren des politischen Interesses von Migranten sind in multivariaten Untersuchungen die formale Bildung, Deutschkenntnisse und das Lebensalter. Bei Migranten fördern eine höhere Bildung (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 34; Diehl/Blohm 2001: 413), aber auch der Umfang der Deutschkenntnisse und ein höheres Lebensalter das politische Interesse (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 34). Unterschiede zwischen Migranten und Deutschen in der Höhe des politischen Interesses konnten in diesen Studien allerdings auch durch Bildungsaspekte und andere Faktoren nicht vollständig erklärt werden. Als möglicher Grund hierfür wird genannt, dass sich in dieser fortbestehenden Diskrepanz das Bewusstsein der Migranten zeigen könnte, als Ausländer in Deutschland nur eingeschränkt über politische Teilhaberechte zu verfügen (vgl. Diehl/Urbahn 1998: 38; Diehl/Blohm 2001: 417).

Gemäß den Daten aus dem ESS variiert das Interesse an Politik nach Migrationshintergrund (Abbildung 1). Die erste Zuwanderergeneration gibt häufiger an, gar kein (15,7 Prozent) oder wenig Interesse (41,5 Prozent) an politischen Themen zu haben als Personen der zweiten Generation (7,4 Prozent und 33,9 Prozent) und Personen ohne Migrationshintergrund (7,2 Prozent und 32,2 Prozent). Das politische Interesse der zweiten Generation und den Personen ohne Migrationshin-

Abbildung 1: Politisches Interesse nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (in Prozent)

tergrund ist ähnlich gelagert: Mehr als die Hälfte der Befragten in beiden Gruppen geben an, ziemlich oder sehr politisch interessiert zu sein.

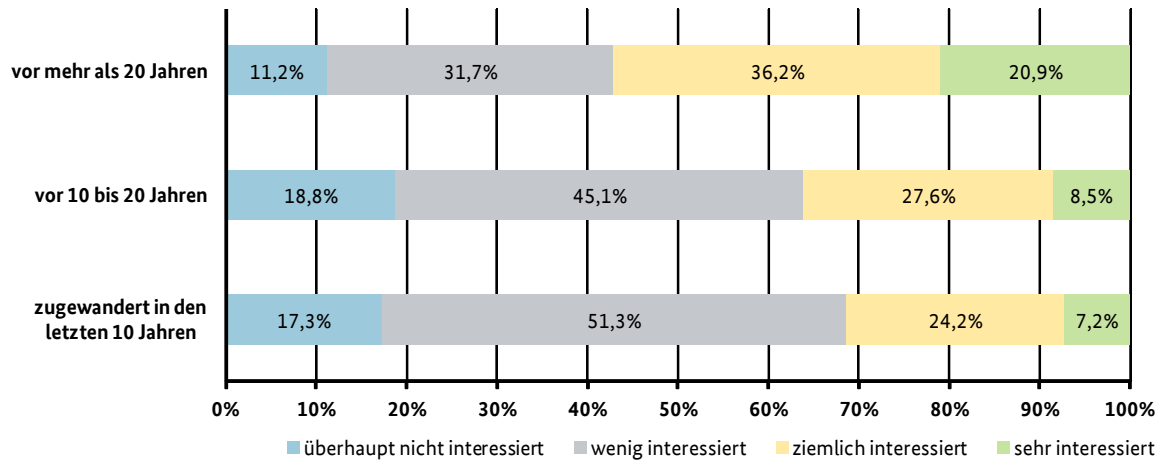
Allerdings müssen die Ergebnisse aus dem ESS für die erste Generation relativiert werden. Aus Abbildung 2 geht hervor, dass die Aufenthaltsdauer im Zielland bei der Herausbildung des Interesses an Politik eine Rolle spielen könnte. Personen, die in den letzten zehn Jahren nach Deutschland kamen, geben häufiger an, kein (17,3 Prozent) oder wenig Interesse (51,3 Prozent) an politischen Themen zu haben als Personen, die mindestens seit elf Jahren in Deutschland leben.

Für das Politikinteresse scheint ein Aufenthalt von mehr als 20 Jahren in Deutschland ein kritischer Wert zu sein. Personen, die bereits seit mehr als 20 Jahren in Deutschland etabliert sind, weisen in den Kategorien „ziemlich“ (36,2 Prozent) oder „sehr an Politik interessiert“ (20,9 Prozent) ein höheres Niveau auf als Personen, die noch nicht so lange in Deutschland leben. Einen Zusammenhang zwischen steigendem Bewusstsein für politische Sachverhalte und zeitbezogenen Aspekten wurde auch von Wüst beobachtet: Je länger das Einbürgerungsjahr der von ihm untersuchten Personen zurücklag, desto umfangreicher waren Parteien- und Politikerkenntnisse (vgl. Wüst 2002: 141). Beachtet werden muss bei den vorliegenden Analysen, dass es sich bei den Daten nicht um

eine Panel-Umfrage handelt, in der immer wieder die gleichen Personen über Jahre hinweg befragt werden. Es können also keine Aussagen über die Veränderung des individuellen politischen Interesses im Zeitverlauf gemacht werden, sondern nur Trends in den jeweiligen Einwanderungskohorten beschrieben werden. Ebenfalls kann mit den hier durchgeführten deskriptiven Analysen nicht abschließend beantwortet werden, ob wirklich ein Zusammenhang zwischen längerer Aufenthaltsdauer und höherem politischen Interesse besteht. Möglich ist auch, dass das politische Interesse der Befragten mit zunehmendem Alter steigt oder eine Kombination aus zunehmendem Alter und längerer Aufenthaltsdauer mit steigendem politischem Interesse zusammenhängt.

Aus Tabelle 1 lässt sich das politische Interesse von Personen unterteilt nach sozialstrukturellen Merkmalen entnehmen. Bei allen betrachteten Gruppen liegt der Anteil der politisch Interessierten mit Migrationshintergrund unter dem Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund. Annäherungen der Anteile der politisch interessierten Personen mit und ohne Migrationshintergrund finden sich in der Gruppe der über 60-Jährigen, bei arbeitslosen Personen und in der Gruppe der Rentner. Die Muster des politischen Interesses nach sozialstrukturellen Merkmalen sind bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund vergleichbar: Männer sind interessierter als Frauen, Ältere

Abbildung 2: Politisches Interesse der ersten Zuwanderergeneration unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer, ESS 2002-2008 (in Prozent)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet.
Frage: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?

sind politisch interessierter als jüngere Personen und Erwerbstätige sind interessierter als Personen außerhalb der Erwerbsstrukturen.

Ein Niveauunterschied ergibt sich zudem innerhalb der Personengruppe mit Migrationshintergrund. Unter den Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit interessiert sich jeder zweite ziemlich oder sehr für Politik, unter den ausländischen Migranten trifft dies nur auf jeden dritten zu. Diehl und Blohm machen darauf aufmerksam, dass sich das fehlende Wahlrecht der Ausländer indirekt auf andere Bereiche der politischen Sphäre auswirken kann (vgl. Diehl/Blohm 2001: 403), beispielsweise auch auf das politische Interesse.

2.1.2 Politische Efficacy

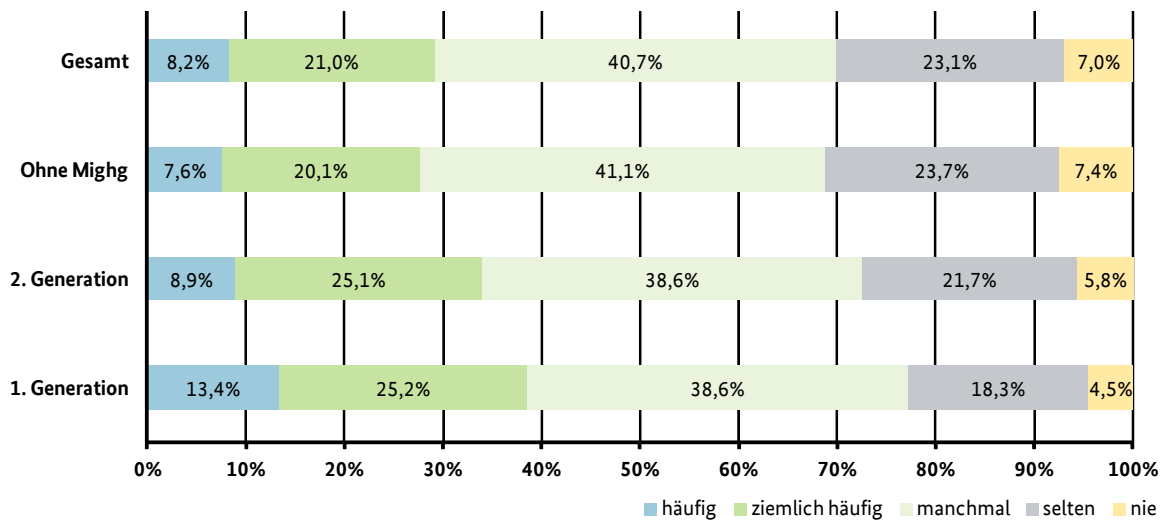
Politische *Efficacy* bezeichnet, ob und in welchem Maß sich jemand in der Lage fühlt, innerhalb des politischen Systems unabhängig von den jeweiligen politischen Umständen zu handeln, mit anderen Worten: inwieweit eine Person Vertrauen in ihre politischen Kompetenzen hat (vgl. Lane 1959: 49; Balch 1974: 24; Reef/Knoke 1999: 414). Personen, die über eine höhere politische *Efficacy* verfügen, partizipieren eher politisch als Menschen, die ihre eigenen politischen Fähigkeiten gering einschätzen (vgl. Milbrath/Goel 1977: 58; Almond/Verba 1963).

Tabelle 1: Hohes politisches Interesse nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (in Prozent)

	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
Insgesamt	58,8	60,5	49,8
Geschlecht			
Männer	66,4	68,0	58,2
Frauen	51,3	53,2	41,2
Altersgruppen			
15-34 Jahre	43,5	45,5	36,8
35-59 Jahre	62,0	63,6	54,4
60 Jahre und älter	68,0	68,3	64,9
Deutsche Staatsangehörigkeit			
Ja	-	-	54,8
Nein	-	-	36,5
Sozialstruktureller Status			
Erwerbstätig	62,3	64,1	53,9
In Schule/Ausbildung	42,1	43,7	35,8
Arbeitslose	43,8	44,2	42,6
Rentner/Pensionäre	66,7	66,9	64,8
Sonstige	45,8	49,0	33,2

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Wie sehr interessieren Sie sich für Politik? Zusammenfassung der Kategorien „ziemlich interessiert“ und „sehr interessiert“.

Abbildung 3: Politische Efficacy nach Migrationshintergrund und Generation: Politische Inhalte sind zu kompliziert, um sie zu verstehen, ESS 2002-2008 (in Prozent)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung.
Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Wie oft erscheint Ihnen Politik so kompliziert, dass Sie gar nicht richtig verstehen, worum es eigentlich geht?

Politische Efficacy wird im Folgenden durch die Fragen abgebildet, ob man Politik häufig zu kompliziert findet, um sie zu verstehen und ob es einem schwer oder leicht fällt, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden. Die Datengrundlage bildet wiederum der *European Social Survey* (ESS).

Geht es darum, politische Inhalte zu verstehen, finden Personen der ersten Migrationsgeneration dies häufiger „zu kompliziert“ (13,4 Prozent) als andere Personen (vgl. Abbildung 3). Auch Personen der zweiten Zuwanderergeneration fällt das Verstehen politischer Inhalte etwas schwerer als Personen ohne Migrationshintergrund. Insgesamt fallen die Unterschiede zwischen den Gruppen aber kaum ins Gewicht.

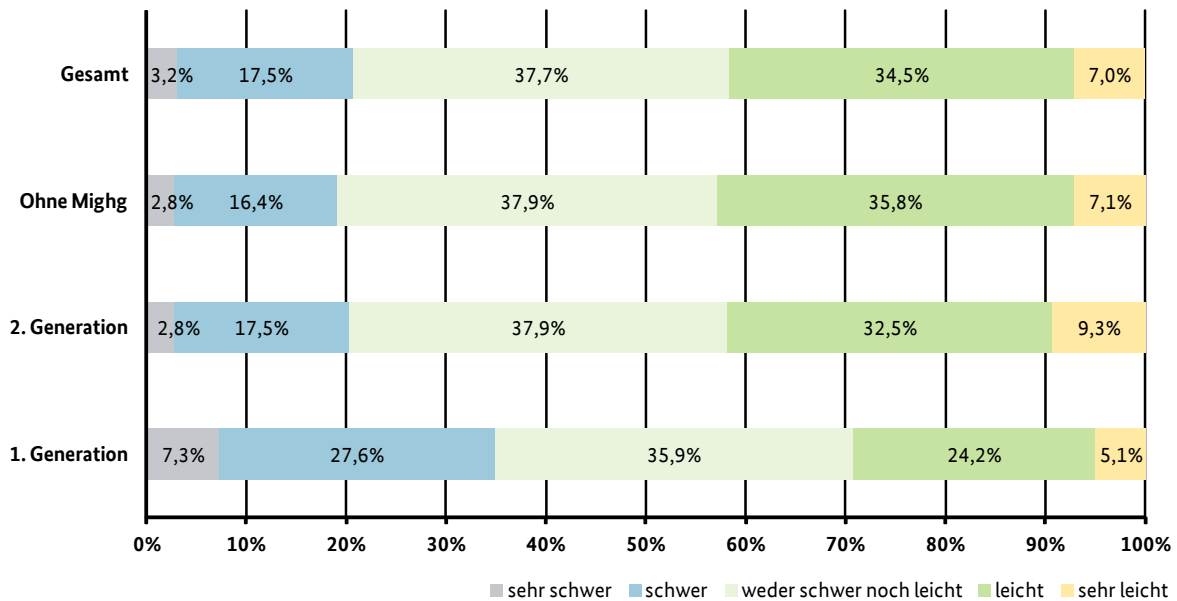
Sich zu politischen Themen zu positionieren, fällt rund jeder dritten Person der ersten Zuwanderergeneration schwer (27,6 Prozent) oder sehr schwer (7,3 Prozent; vgl. Abbildung 4). Damit antworten sie zurückhaltender als Personen, die keine eigene Wanderungserfahrung vorweisen. Personen der zweiten Zuwanderergeneration vertrauen sogar etwas häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund auf ihre Fähigkeiten zur politischen Meinungsbildung: Sie geben zu 9,3 Prozent gegenüber 7,1 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund an, dass ihnen die politische Meinungsbildung sehr leicht fällt.

In Tabelle 2 werden die Befragten nach sozialstrukturellen Merkmalen unterschieden.

Beim Verständnis politischer Inhalte (Spalten 2-4) sind die Anteile der politisch selbstbewussten Personen mit Migrationshintergrund in den meisten betrachteten Gruppen geringer als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Ähnlich hohe Anteile zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund finden sich in Bezug auf das Verständnis politischer Inhalte in der Gruppe der über 60-Jährigen (mit Mighg: 30,9 Prozent; ohne Mighg: 31,4 Prozent), bei Schülern und Auszubildenden (mit Mighg: 21,0 Prozent; ohne Mighg: 23,2 Prozent) und in der Gruppe der Rentner (mit Mighg: 28,5 Prozent; ohne Mighg: 31,9 Prozent).

Die Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund in Bezug auf die Meinungsbildung (Spalten 5-7) sind etwas stärker als bezüglich des politischen Verständnisses (Spalten 2-4). Die Anteile der Personen, die sich zutrauen, eine politische Meinung herauszubilden, sind ebenfalls in den meisten Gruppen bei Personen mit Migrationshintergrund geringer im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund. Ähnlich hohe Anteile der Personen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen bei den über 60-Jährigen (mit Mighg: 44,8 Prozent; ohne Mighg: 44,8 Prozent) und den Rentnern (mit Mighg: 41,5 Prozent; ohne Mighg: 44,5 Prozent).

Abbildung 4: Politische *Efficacy* nach Migrationshintergrund und Generation: Fähigkeit, sich zu politischen Themen eine Meinung zu bilden, ESS 2002-2008 (in Prozent)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung.
Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Wie schwer oder leicht fällt es Ihnen, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden?

Die Verteilungsmuster der politischen Kompetenz verlaufen bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund ähnlich: Deutlich fällt der Geschlechterunterschied aus, der sowohl in der Gruppe mit als auch in der Gruppe ohne Migrationshintergrund besteht. Der Anteil der Frauen, die ein hohes politisches Kompetenzbewusstsein haben, ist niedriger als bei Männern. Ältere sowie Erwerbstätige und Rentner fühlen sich zu höheren Anteilen kompetent als Jüngere und Personen, die nicht in Erwerbsstrukturen eingebunden sind. Auch für die politische *Efficacy* wird beobachtet, dass Migranten mit ausländischer Staatsangehörigkeit sich als weniger kompetent einschätzen als Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit.

2.1.3 Links-Rechts-Selbsteinstufung

Der folgende Abschnitt widmet sich der Selbsteinstufung auf der sogenannten Links-Rechts-Skala, die ebenso wie die Parteiidentifikation als geeignetes Instrument zur Vorhersage der Wahlentscheidung gilt (vgl. Downs 1957) – auch für Personen mit Migrationshintergrund (vgl. Tillie 1998: 91). Die Links-Rechts-Skala kann als Heuristik dienen, also als eine Art Daumenregel, die es ermöglicht, die eigenen Präferenzen in Bezug auf konkrete politische Themen zu ordnen, selbst wenn man nicht vollständig informiert ist. Sie hilft

dabei, die Komplexität politischer Realität zu reduzieren (vgl. Mair 2007: 207f.).

Dass in den westeuropäischen und nordamerikanischen Demokratien die Links-Rechts-Selbsteinstufung innerhalb der Bevölkerung verstanden und als Orientierungshilfe akzeptiert wird, ist ein stabiler Befund der empirischen Partizipationsforschung (vgl. Mair 2007: 209). Dies ist jedoch in einigen anderen Ländern nicht der Fall, die auch zu den Herkunftsländern der Migranten in Deutschland zählen, wie eine Auswertung des World Value Survey 2004 durch Russell Dalton ergab (vgl. Dalton 2006: 7). Insbesondere Befragte in arabischen Ländern und in den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion nutzten in Interviews die Links-Rechts-Skala zur Selbsteinstufung seltener als Befragte in westlichen Demokratien (vgl. Mair 2007: 209; Dalton 2006; zur Links-Rechts-Selbsteinstufung in der Russischen Föderation und in weiteren mittel- und osteuropäischen Staaten siehe Rudi 2010). Andreas M. Wüst stellte auf der Grundlage des Politbarometers 1999 fest, dass 20 Prozent der Eingebürgerten die Links-Rechts-Frage nicht beantworteten (vgl. Wüst 2002: 145). Dieses Ergebnis konnte er auf der Basis des Politbarometers 2001/2002 bestätigen (vgl. Wüst 2003: 120). Nach seinen Analysen fällt es zudem Zuwande-

Tabelle 2: Politische *Efficacy* nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (in Prozent)

	Wie oft erscheint Ihnen Politik so kompliziert, dass Sie gar nicht richtig verstehen, worum es eigentlich geht? Nie, Selten.			Wie schwer oder leicht fällt es Ihnen, sich über politische Themen eine Meinung zu bilden? Leicht, Sehr leicht.		
	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
Insgesamt	30,1	31,1	24,8	41,5	42,9	34,7
Geschlecht						
Männer	38,7	39,9	33,0	52,5	54,2	44,1
Frauen	21,6	22,6	16,7	30,7	31,7	25,1
Altersgruppen						
15-34 Jahre	23,7	24,9	19,7	35,4	37,2	29,0
35-59 Jahre	32,9	34,2	26,7	43,3	44,9	35,6
60 Jahre und älter	31,3	31,4	30,9	44,9	44,8	44,8
Deutsche Staatsangehörigkeit						
Ja	-	-	25,6	-	-	36,7
Nein	-	-	22,7	-	-	29,8
Sozialstruktureller Status						
Erwerbstätig	32,6	33,8	27,2	44,4	45,8	37,7
In Schule/Ausbildung	22,8	23,2	21,0	35,6	37,4	28,7
Arbeitslose	26,0	28,5	19,5	35,7	37,4	31,0
Rentner/Pensionäre	31,5	31,9	28,5	44,2	44,5	41,5
Sonstige	21,3	22,3	17,8	27,6	29,4	20,3

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung.
Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund.

rern aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion schwerer als anderen Migranten, sich auf der Links-Rechts-Skala zu verorten. Dies wirft die Frage auf, inwiefern es Migranten in Deutschland gelingt, die Einteilung der politischen Sphäre in Deutschland in links und rechts für sich als Orientierungshilfe zu nutzen.

Die Berechnungen auf der Grundlage des ESS 2002-2008 (Tabelle 3) zeigen, dass sich Personen der ersten Zuwanderergeneration zu knapp einem Fünftel (18,8 Prozent) nicht auf der Links-Rechts-Skala verorten. Bei Personen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil niedriger (8,4 Prozent). Zwischen ihnen und Personen der zweiten Zuwanderergeneration (9,6 Prozent) besteht in dieser Hinsicht nur ein kleiner Unterschied. Dies kann ein Hinweis darauf sein, dass die politische Einteilung in „links“ und „rechts“ als Heuristik den Zuwanderern der ersten Generation (noch) unbekannt ist oder andere politische Konzepte mit „links“ und „rechts“ verbunden werden als die hiesigen. Im Übrigen zeigt die Verteilung eine stärkere Neigung zum

linken Teil des politischen Spektrums, sowohl bei den Personen mit als auch bei denen ohne Migrationshintergrund.

2.1.4 Parteineigung und Parteiidentifikation

Bevor betrachtet wird, für welche Parteien wahlberechtigte Migranten stimmen, werden ihre Bindung an und ihre Identifikation mit Parteien dargestellt. Mit Parteiidentifikation wird die affektive Parteiorientierung oder die psychologische Mitgliedschaft in einer Partei bezeichnet (vgl. Schmitt/Holmberg 1995: 96). Ihr wird in der politischen Partizipationsforschung eine bedeutende Rolle zugeschrieben. Sie „lässt Politik interessant und wichtig erscheinen, ‚färbt‘ die individuelle Wahrnehmung des politischen Geschehens [...] und prägt das Wahlverhalten“ (Schoen/Weins 2005: 206).

Wie eine Person eine Parteiidentifikation entwickelt und wie sich diese auf das Wahlverhalten auswirkt, versucht die Politikwissenschaft mit unterschiedlichen Ansätzen zu erklären. In der Forschung zur politischen

Tabelle 3: Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (in Prozent)

	1. Gen.	2. Gen.	ohne Mighg	Gesamt
Links 0	2,8	3,5	2,2	2,3
1	1,7	2,1	1,7	1,7
2	3,7	9,3	5,8	5,9
3	13,2	14,8	13,5	13,5
4	12,6	12,6	13,4	13,2
5	30,2	30,2	33,9	33,3
6	6,6	7,3	8,9	8,6
7	5,7	6,2	6,5	6,4
8	2,8	2,2	4,0	3,7
9	0,6	0,8	0,7	0,7
Rechts 10	1,2	1,3	1,1	1,1
Antwort verweigert/ Weiß nicht	18,8	9,6	8,4	9,5

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund.

Frage: In der Politik spricht man manchmal von „links“ und „rechts“. Wo auf der Skala würden Sie sich selbst einstufen, wenn 0 für links steht und 10 für rechts?

Beteiligung von Migranten wurden bisher vor allem der sozialpsychologische und der rationalistische Ansatz angewandt.

Der sozialpsychologische Ansatz begreift die Parteiidentifikation als eine relativ stabile psychologische Bindung an eine Partei. In der politischen Sozialisationsforschung ging man lange Zeit davon aus, dass die Parteiidentifikation bereits in der Kindheit über das Elternhaus vermittelt werde und sich danach nicht mehr grundlegend verändere (vgl. Sears/Levy 2003: 60f.). Auch heute noch nimmt das Elternhaus einen wichtigen Platz in der Forschung zur Vermittlung politischer Einstellungen ein, wenngleich die Annahme eines überragenden Einflusses der Eltern in späteren Studien relativiert wurde (vgl. Jennings 2007: 39). Ob auch bei Migranten die Elterngeneration den Grundstein für (partei-)politische Prägung legt, wird in letzter Zeit in der Forschung in Frage gestellt. Alternativ zu den klassischen Annahmen der Sozialpsychologie wird ein sogenannter *bottom-up*-Prozess für möglich gehalten, bei dem die Kinder in Migrantenfamilien durch ihre profunderen Sprachkenntnisse und ihre dichtere Vernetzung mit Institutionen der Aufnahmegesellschaft, wie beispielsweise der Schule oder Vereinen, mit dem politischen Leben des Aufnahmelandes vertrauter sind und ihre Eltern in politischen Belangen beeinflussen können (vgl. Wong/Tseng 2008; Bloemraad/Trost

2008). Auch andere gesellschaftliche Institutionen und Akteure, wie die Schule, der Freundeskreis und nicht zuletzt die Massenmedien, können parteipolitische Präferenzen beeinflussen und die elterliche Prägung ergänzen oder modifizieren (vgl. Schoen/Weins 2005: 211). Insbesondere die Jugend sei eine Phase, in der Parteipräferenzen leicht beeinflusst werden und sich entwickeln können.²⁰ Aber auch weitere Kontaktnetzwerke wie Freunde oder Kollegen werden im Laufe des Lebens zu wichtigen Referenzen. Die Herausbildung politischer Präferenzen, die sich nach Gruppennormen und Kontaktnetzwerken richten und sich in Parteiidentifikationen oder Stimmverhalten niederschlagen, wurde in den USA auch für Migranten nachgewiesen (vgl. Wald 2008; Cain et al. 1991). Einige gesellschaftliche Zugehörigkeiten, die in Deutschland für Parteipräferenzen als wichtig erachtet werden, werden anscheinend auch von Personen mit Migrationshintergrund übernommen. So befürwortet laut Analysen des SOEP von Kroh und Tucci rund jede zweite katholische Person mit Migrationshintergrund die Unionsparteien CDU/CSU. Hochgebildete Personen mit Migrationshintergrund neigen vergleichsweise häufig Bündnis 90/Die Grünen zu (14 Prozent) (Kroh/Tucci 2009: 824). Andere sozialstrukturelle Eigenschaften können hingegen keinen Aufschluss über die Parteipräferenz geben. Kroh und Tucci vergleichen die Parteibindungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Anhand ihrer Analysen verdeutlichen sie, dass die Präferenzen der (Spät-)Aussiedler für CDU/CSU und die Neigung der Personen aus Anwerbeländern zur SPD nur zu einem geringen Teil auf sozialstrukturelle Merkmale wie die berufliche Stellung zurückzuführen sind (Kroh/Tucci 2009: 825).

Der rationalistische Ansatz geht von einer kurzfristigen Bindung an eine Partei aus, die sich vor allem aus der Bewertung von Sachfragen (*issues*) ergibt. Auch Migranten scheinen sich bei der Identifikation mit einer Partei an solchen *issues* zu orientieren. Kroh und Tucci verweisen darauf, dass die Positionierung der Parteien in der Migrations- und Integrationspolitik bei der

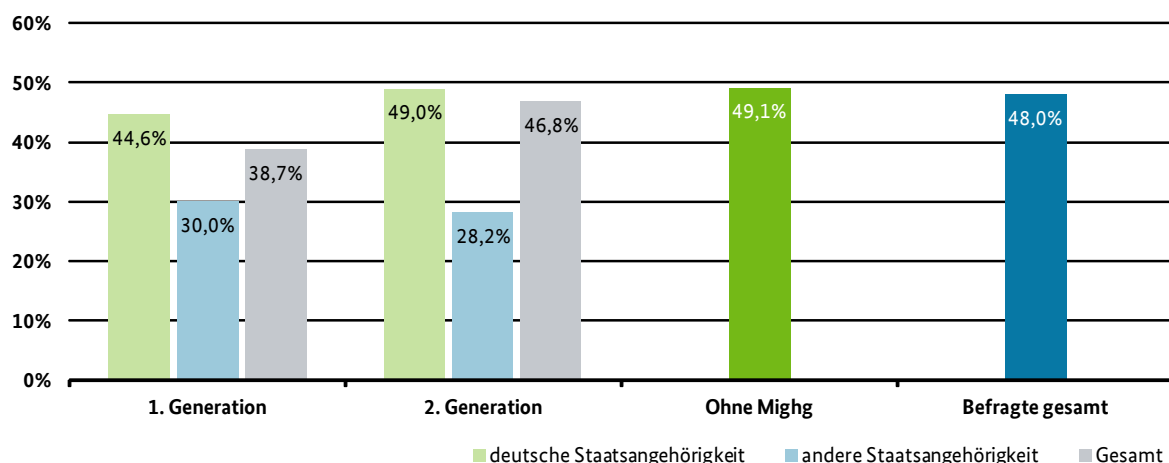
20 Neben der Annahme, dass in der frühen Kindheit politische Prädispositionen gelegt werden, und der Annahme, dass das Jugendalter eine besonders politisch prägende Phase ist, gibt es das Modell der „lebenslangen Offenheit“, nach welchem Personen immer offen für politische Prägung seien, sowie das Lebenszyklusmodell, das eine Veränderung politischer Einstellungen der jeweiligen Lebensphase zuschreibt (vgl. Sears/Levy 2003: 79).

Parteiidentifikation von Migranten eine Rolle spielen könnte und Migranten somit an Sachfragen orientierte Parteineigungen herausbilden würden (Kroh/Tucci 2009: 826). Daneben demonstrieren sie, dass erstens das Herkunftsland eine Rolle bei der Identifikation mit einer Partei spielt (so auch Wüst 2002: 222) und zweitens diese parteipolitische Bindung auch noch bei den Nachkommen der Zuwanderer, also innerhalb der sogenannten zweiten Generation, zu beobachten ist (Kroh/Tucci 2009: 825). Dies ist ein Faktor der Parteiidentifikation, der migrationspezifisch ist und sich weder eindeutig dem sozialpsychologischen noch dem rationalistischen Ansatz zuordnen lässt.

Die differenzierte Auswertung der Parteineigung unter Berücksichtigung des Migrationshintergrundes auf Basis der ESS-Daten von 2002 bis 2008 lässt Unterschiede zwischen den Gruppen erkennen (Abbildung 5). Insgesamt liegt im untersuchten Zeitraum bei Migranten der ersten Zuwanderergeneration (38,7 Prozent) seltener eine Parteineigung vor als bei Personen der zweiten Zuwanderergeneration (46,8 Prozent) oder Personen ohne Migrationshintergrund (49,1 Prozent). Mit Berücksichtigung der Staatsangehörigkeit zeigen sich auch innerhalb der Migrantengruppen erhebliche

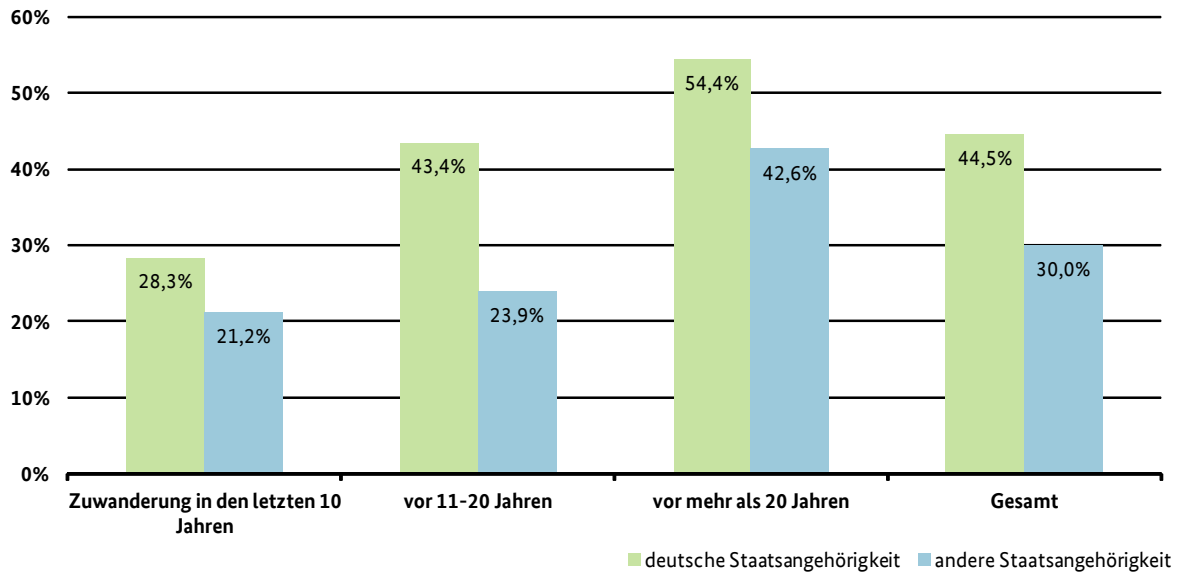
Unterschiede in der Neigung zu einer Partei. Deutsche Staatsangehörige neigen eher einer Partei zu als Personen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind. So zeigt sich in der ersten Zuwanderergeneration, dass sich unter den Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit 44,6 Prozent einer Partei verbunden fühlen. Innerhalb der Gruppe mit einer anderen als der deutschen Staatsangehörigkeit ist es nur ein Anteil von 30,0 Prozent. Innerhalb der zweiten Zuwanderergeneration fällt dieser Unterschied noch deutlicher aus. Personen der zweiten Zuwanderergeneration ohne deutsche Staatsangehörigkeit geben lediglich zu 28,2 Prozent an, eine Partei zu favorisieren. Deutsche Staatsangehörige der zweiten Zuwanderergeneration entwickeln hingegen zu einem Anteil von 49,0 Prozent eine Parteineigung. Dies entspricht dem Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund, die eine Parteineigung vorweisen (49,1 Prozent). Dies könnte darauf hindeuten, dass die Bereitschaft, sich mit der deutschen Parteienlandschaft auseinanderzusetzen steigt, wenn die deutsche Staatsangehörigkeit und damit das Recht zu wählen vorliegt. Ebenso können sich Migranten ohne deutsche Staatsangehörigkeit nicht für öffentliche politische Ämter bewerben, auch wenn sie grundsätzlich eine Mitgliedschaft in deutschen Parteien erwerben

Abbildung 5: Parteineigung nach Migrationshintergrund, Generation und Staatsangehörigkeit, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien? Abbildung der Antwortvorgabe „Ja“.

Abbildung 6: Parteineigung unter Zuwanderern der ersten Generation nach Aufenthaltsdauer, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet.
Frage: Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien?
Abbildung der Antwortvorgabe „Ja“.

und in ihnen mitarbeiten dürfen.²¹ Die beschränkte politische „Angebotsseite“ (Weßels 2002: 161) wirkt anscheinend dämpfend auf die Entwicklung einer Parteineigung bei Migranten.

Anhand der Personen, die eine eigene Wanderungserfahrung vorweisen und somit der ersten Zuwanderergeneration angehören, lässt sich verdeutlichen, dass die Herausbildung einer Parteineigung ein Prozess ist, der Zeit benötigt (Abbildung 6). Personen, die erst in den letzten zehn Jahren nach Deutschland zugewan-

dert sind, neigen seltener einer Partei zu (24,5 Prozent) als Personen, die bereits seit mehr als 20 Jahren in Deutschland leben (49,7 Prozent). Diese Ergebnisse stehen im Einklang mit den Befunden von Martin Kroh und Ingrid Tucci, die auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) zeigen, dass sich Migranten erst nach einer „Orientierungsphase“ mit einer Partei des Aufnahmelandes identifizieren (Kroh/Tucci 2009: 821). In den ESS-Daten zeigt sich zudem erneut, dass die Parteineigung bei Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit stärker ausgeprägt ist als bei Ausländern, unabhängig von der Aufenthaltsdauer.

21 Die Voraussetzungen, die für eine vollwertige Mitgliedschaft vorliegen müssen, variieren von Partei zu Partei. Betrachtet man die im 17. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien, liegen keine Beschränkungen für die Mitgliedschaft von Ausländern bei SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Linken vor. In der CDU und in der CSU kann eine Person nur dann Mitglied werden, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit oder die Staatsangehörigkeit eines EU-Mitgliedstaates besitzt (CDU-Statut §4 II und III (CDU-Bundesgeschäftsstelle 2007: 5f.); CSU Satzung §3 I 5 und II (Christlich-Soziale Union in Bayern e.V. 2010: 7)). Wenn die Person die Staatsangehörigkeit eines Drittstaates besitzt, muss sie für mindestens drei Jahre im Geltungsbereich des Grundgesetzes bzw. in Deutschland wohnen, bevor sie Mitglied in CDU oder CSU werden kann. Wird diese Anforderung nicht erfüllt, ist eine Gastmitgliedschaft möglich. In der FDP können Ausländer eine Mitgliedschaft erwerben, wenn sie sich seit mindestens zwei Jahren in Deutschland aufhalten (FDP Bundessatzung §2I (FDP 2010: 3)).

Die nächste Tabelle widmet sich der konkreten Ausprägung der Parteineigung. Die Sympathien der Personen mit Migrationshintergrund konzentrieren sich weitgehend auf die beiden großen Parteien SPD und CDU/CSU. Auf der Grundlage des ESS ist es jeder dritte Befragte mit Parteineigung, der sich entweder der CDU/CSU oder der SPD verbunden fühlt (Tabelle 4).

Analysen anderer Autoren konnten darüber hinaus belegen, dass sich je nach Herkunftsland Unterschiede in der Parteidentifikation ergeben (Kroh/Tucci 2009: 825; vgl. Wüst 2002). Andreas M. Wüst zeigte, dass sich eingebürgerte Personen aus der Türkei und Polen eher mit der SPD identifizieren, Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sym-

Tabelle 4: Verbundenheit zu einer Partei nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (in Prozent)

	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
CDU/CSU	17,2	17,8	14,1
SPD	15,7	15,8	15,1
FDP	2,5	2,5	2,5
Bündnis 90/Die Grünen	7,0	7,1	6,3
Die Linke	2,9	3,1	2,2
Andere	1,2	1,3	▲
Keine	53,5	52,5	58,7
Gesamt	100,0	100,0	100,0

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Kombiniert aus den Fragen: Gibt es eine politische Partei, der Sie näher stehen als allen anderen Parteien? Und: Welcher? ▲ = n < 20.

pathisieren eher mit der CDU/CSU (Wüst 2002: 153f.). Kroh und Tucci kommen zu dem Ergebnis, dass sich die Sympathie zu einer Partei auch unter der Kontrolle weiterer relevanter Einflussfaktoren zu weiten Teilen auf Herkunftsaspekte zurückführen lässt (Kroh/Tucci 2009: 825). Allerdings scheint diese Tendenz rückläufig zu sein. Nach den Analysen von Kroh und Tucci stieg zwischen 2000 und 2008 beispielsweise der Anteil der SPD-Sympathisanten unter den (Spät-)Aussiedlern an, während sich der Anteil der CDU/CSU-Wähler verringerte (ebd.).

2.2 Wahlen

Die wichtigste Partizipationsform in einer Demokratie ist die Beteiligung an Wahlen (vgl. Aldrich 1993: 246). Das Wählen stellt einerseits häufig die einzige Möglichkeit für Bürger dar, den politischen Prozess auf nationaler Ebene zu beeinflussen, und dient andererseits der Herrschaftslegitimierung der Gewählten (vgl. Arzheimer/Falter 2003: 554). Die Beteiligung an den Wahlen zum Deutschen Bundestag steht Personen offen, die zum Zeitpunkt der Wahl das 18. Lebensjahr vollendet haben und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Ob Personen mit Migrationshintergrund und deutscher Staatsangehörigkeit wählen und wem sie ihre Stimme geben, ist seit dem Jahr 2000 verstärkt in das Blickfeld von Politik und Forschung gelangt (vgl. Wüst

2006: 228). Andreas M. Wüst hält hierfür die am 01. Januar 2000 eingeführte Reform des Staatsangehörigkeitsrechts für maßgeblich, mit der unter anderem die Aufenthaltsdauer für einen Anspruch auf Einbürgerung von 15 auf acht Jahre herabgesetzt wurde und die das Stimmverhalten Eingebürgerter in den politischen Diskurs brachte (ebd.). Auf der Grundlage des Mikrozensus 2010 gibt das Statistische Bundesamt die Zahl aller Eingebürgerten in Deutschland mit 2.149.000 an, wobei hier (Spät-)Aussiedler nicht enthalten sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2011a: Tabelle 7). Allein seit dem Inkrafttreten des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) im Jahre 2000 erwarben mehr als 1,4 Millionen Ausländerinnen und Ausländer einen deutschen Pass (Statistisches Bundesamt 2011b: Tabelle 1, eigene Berechnung).

Mit dem Inkrafttreten des StAG wurde zusätzlich zu dem in Deutschland bis dahin allein gültigen *ius sanguinis* (Abstammungsprinzip) das sogenannte *ius soli* (Geburtsortprinzip) eingeführt, das die deutsche Staatsangehörigkeit unter bestimmten Voraussetzungen auch Kindern von Ausländern verleiht, die in Deutschland geboren wurden (§§ 4 Abs. 3 S. 1 bzw. 40b StAG). Mit dem Erreichen der Volljährigkeit unterliegen diese Kinder der sogenannten Optionsregelung nach § 29 StAG, nach der sie sich für die deutsche oder die Staatsangehörigkeit der Eltern entscheiden müssen (vgl. Worbs 2008: 27f.). Diese Entscheidungsverfahren werden seit dem Jahr 2008 bei den deutschen Staatsangehörigkeitsbehörden durchgeführt. Es zeichnet sich eine Tendenz der betroffenen Personen ab, sich für die deutsche Staatsangehörigkeit zu entscheiden (Ministerium für Justiz 2010: 36f.; Worbs et al. 2012: 154). Somit wird sich durch diese Gruppe der Anteil der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund voraussichtlich weiter erhöhen.

Im Zusammenhang mit Wahlen sind zwei Fragen für die Forschung und für die Politikpraxis von Interesse: Dies ist zum einen die Frage nach der Wahlbeteiligung der wahlberechtigten Bevölkerung und zum anderen die Beschäftigung mit dem Stimmverhalten von Wählern. Bei der Wahlbeteiligung geht es um die Frage, wie viele und welche wahlberechtigten Personen sich tatsächlich an einer Wahl beteiligen. Das Stimmverhalten beschäftigt sich dagegen damit, welchen Parteien oder Kandidaten Wähler ihre Stimme geben (würden), und der Erklärung hierfür (vgl. Arzheimer/Falter 2003: 556).

2.2.1 Wahlbeteiligung

Die Faktoren des *Civic Voluntarism Model* (CVM), die standardmäßig zur Erklärung individueller politischer Beteiligung herangezogen werden, gelten auch für die Wahlbeteiligung. Dazu zählen gemäß dem CVM (vgl. die Einleitung zu Kapitel 2) ressourcenbezogene Faktoren wie der Bildungsstand und der berufliche Status, psychologische Faktoren wie das Gefühl, dass die eigene Stimme eine Wirkung auf den Ausgang der Wahl entfalten kann, oder ein ausgeprägtes politisches Interesse sowie die Einbindung in gesellschaftliche Netzwerke wie beispielsweise Vereine. Ebenfalls spielen soziodemografische Faktoren wie das Alter eine Rolle für die Wahlbeteiligung: Mit zunehmendem Alter steigt die Beteiligung an Wahlen an, nimmt aber in sehr hohem Alter wieder ab (vgl. Schmidt 2007: 62). Auch das Geschlecht hat – vermittelt über Sozialisation und Lebenslage – offenbar einen Einfluss auf die politische Teilhabe: Frauen zeigen allgemein ein geringeres politisches Engagement als Männer (vgl. Westle 2001: 163). Daneben variiert die Wahlbeteiligung neben diesen individuellen Faktoren auch nach unterschiedlichen Randbedingungen. So spielt beispielsweise die Wichtigkeit der Wahl eine Rolle. Für Wahlen, denen ein stark polarisierender Wahlkampf vorausgeht, können mehr Wähler mobilisiert werden als für Wahlen, bei denen weniger kontroverse Themen zur Debatte stehen oder in denen ein deutlicher Sieg einer Partei bereits absehbar ist (vgl. Schmidt 2007: 61).

Die nun folgenden Analysen beziehen sich nur auf Personen, die zum Befragungszeitpunkt wahlberech-

tigt waren, d.h. das 18. Lebensjahr vollendet hatten und deutsche Staatsangehörige sind.

Ob die Teilnahme an einer Wahl erfolgte, wird in Umfragen der empirischen Sozialforschung durch sogenannte Rückerinnerungsfragen versucht zu erfassen. Die Befragten wurden in den hier genutzten Umfragen gebeten, sich zu entsinnen, ob sie bei der Bundestagswahl 2002 und der Bundestagswahl 2005 (beides ESS) sowie bei der Bundestagswahl 2009 (GLES) ihre Stimme abgegeben haben.²² In dem betrachteten Zeitraum berichten Personen mit Migrationshintergrund seltener davon, sich an Wahlen beteiligt zu haben, als Personen ohne Migrationshintergrund (Tabelle 5). Die

22 Die Rückerinnerung an die vergangene Wahlbeteiligung fällt meist positiver aus als die tatsächliche Wahlbeteiligung, die sich für das Gesamtelektorat anhand der amtlichen Wahlstatistik nachvollziehen lässt. Dies kann beispielsweise darauf zurückzuführen sein, dass der Umfragezeitpunkt und der letzte Wahltag weit auseinanderliegen und sich Erinnerungsfehler oder -lücken in den Antworten einschleichen. Zudem kann es sein, dass Befragte das Gefühl haben, der Interviewer oder generell das soziale Umfeld erwarte ein bestimmtes Verhalten – hier: die Teilnahme an der Wahl, und bejahen deswegen die Frage. Trotz dieser bekannten Abweichung der Wahlbeteiligungswerte in Umfragen von den Werten der amtlichen Wahlstatistik sind die Rückerinnerungsfragen ein zentrales Instrument in der Partizipationsforschung, das sich dazu eignet, Tendenzen aufzuzeigen und mit dessen Hilfe erklärt werden kann, durch welche Faktoren die Wahlbeteiligung beeinflusst wird. Zur Güte und Zuverlässigkeit von Rückerinnerungsfragen in der Wahlforschung siehe Becker 2002; Schoen 2000; Schoen/Kaspar 2009; Juhász 1993.

Tabelle 5: Rückerinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund, ESS 2002–2008 und GLES 2009 (in Prozent)

	BT-Wahl 2002			BT-Wahl 2005			BT-Wahl 2009		
	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
An Wahl beteiligt	84,8	86,2	73,8	82,7	83,0	80,8	80,9	81,5	72,3
Nicht an Wahl beteiligt	15,2	13,8	26,2	17,3	17,0	19,2	19,1	18,5	27,7

Basis: Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt und deutsche Staatsangehörige waren.

Mighg = Migrationshintergrund.

Quelle BT-Wahl 2002: ESS 2002–2004, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2002 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2005: ESS 2006–2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2005 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2009: GLES 2009. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der Bundestagswahl am 27. September gewählt oder haben Sie nicht gewählt?

Frage nach der Beteiligung an der Bundestagswahl im ESS für das Jahr 2002 ergibt, dass Personen mit Migrationshintergrund seltener angeben, ihre Stimme abgegeben zu haben (73,8 Prozent), als Personen ohne Migrationshintergrund (86,2 Prozent). In Hinblick auf die Bundestagswahl im Jahre 2005 sind die Beteiligungsunterschiede von Personen mit und ohne Migrationshintergrund in dieser Umfrage geringer. Ob es sich hierbei um einen positiven Trend in der Wahlbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund handelt oder um eine kurzfristige und zufällige Fluktuation, oder aber der Auswahl der Befragten geschuldet ist, kann auf der Basis der derzeit verfügbaren Daten nicht entschieden werden. Im Jahre 2009 gaben 72,3 Prozent der Personen mit Migrationshintergrund in der Umfrage GLES an, dass sie ihre Stimme bei der Wahl des Bundestages abgegeben haben. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund beläuft sich der Anteil auf 81,5 Prozent.

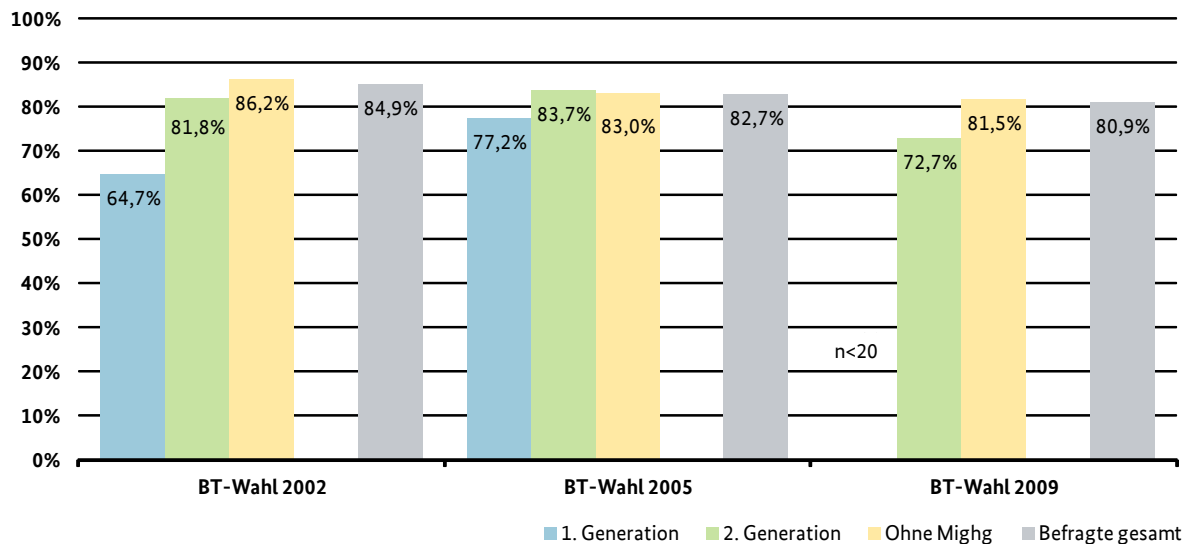
Bereits für die Bundestagswahlen 1998 beschrieb Andreas M. Wüst anhand der Politbarometer-Auswertungen ähnliche Unterschiede zwischen der rückerinnerten Wahlbeteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (vgl. Wüst 2002: 166). Auch mit

der internationalen Wahlforschung stehen diese Ergebnisse im Einklang. Für Schweden konnte beispielsweise ebenfalls nachgewiesen werden, dass die Wahlbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund hinter derjenigen der Personen ohne Migrationshintergrund zurückbleibt (vgl. Adamson 2007: 5).

Die Differenzierung des Migrationshintergrundes nach Zuwanderern (erste Generation) und in Deutschland geborenen Nachkommen von Zuwanderern (zweite Generation) zeigt sowohl bei den Daten des ESS als auch bei den Daten der Deutschen Wahlstudie (GLES), dass sich die wahlberechtigten Zuwanderer der ersten Generation seltener an Bundestagswahlen beteiligen als es dem bundesweiten Gesamt-Durchschnitt entspricht. Zwischen Personen mit Migrationshintergrund der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund bestehen dagegen geringere Unterschiede (Abbildung 7).

Betrachtet man verschiedene Bevölkerungsgruppen unter Berücksichtigung ihres Migrationshintergrundes, erhält man ein detailliertes Bild der Wahlbeteiligung (Tabelle 6). Bei der Befragung zur Bundestagswahl 2002 (Spalten 2-4) sind in allen Gruppen die

Abbildung 7: Rück Erinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 und GLES 2009 (Zustimmungsprozente)



Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt und deutsche Staatsangehörige waren.

Mighg = Migrationshintergrund.

Quelle BT-Wahl 2002: ESS 2002-2004, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2002 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2005: ESS 2006-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2005 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2009: GLES 2009. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der Bundestagswahl am 27. September gewählt oder haben Sie nicht gewählt?

Beteiligungsanteile der Personen mit Migrationshintergrund niedriger als bei Personen ohne Migrationshintergrund. Die Ergebnisse zur Bundestagswahl 2005 (Spalten 5-7) zeigen ähnliche Beteiligungsanteile für die verschiedenen Gruppen mit und ohne Migrationshintergrund, besonders in den Gruppen der 35-Jährigen und Älteren, bei den Erwerbstätigen, bei den arbeitslosen Personen und bei den Rentnern. Für die Beteiligung an der Wahl zum Bundestag 2009 (Spalten 8-10) stehen aufgrund zu kleiner Fallzahlen weniger Befunde zur Verfügung. Auch hier bleiben in den meisten Gruppen Personen mit Migrationshintergrund in ihrer Wahlbeteiligung deutlich hinter den Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Eine Ausnahme bildet die Gruppe der Erwerbstätigen: Hier gaben sowohl Personen mit als auch ohne Migrationshintergrund ähnlich häufig an, bei der Bundestagswahl 2009 abgestimmt zu haben.

Zudem finden sich auch bei der Wahlbeteiligung bekannte Muster der politischen Partizipation wieder:

Frauen geben seltener an, wählen zu gehen, ebenso wie jüngere Personen und solche, die nicht am Erwerbsleben teilnehmen.

Insgesamt fällt auf, dass die Befragten mit Migrationshintergrund bezüglich der Bundestagswahl 2005 häufiger angeben, gewählt zu haben, als bei der Wahl 2002.²³ Die Gründe hierfür können im Rahmen dieses Working Papers nicht abschließend identifiziert werden. Mehrere Möglichkeiten sind in Betracht zu ziehen: Die Entwicklung könnte Ausdruck eines sozialen Trends sein, der langfristig auf eine Angleichung beider Bevölkerungsgruppen hindeutet. Dies kann erst auf der Grundlage der Beteiligungsraten zukünftiger Bundestagswahlen im ESS geklärt werden. Die Veränderung könnte auch mit einer sich wandelnden

23 Ein direkter Vergleich der Wahlbefunde 2009 ist nicht möglich, da es sich um Daten aus zwei verschiedenen Quellen mit unterschiedlichen Erhebungsdesigns handelt.

Tabelle 6: Rück Erinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 und GLES 2009 (Zustimmungsprozente)

	BT-Wahl 2002			BT-Wahl 2005			BT-Wahl 2009		
	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
Insgesamt	84,8	86,2	73,8	82,7	83,0	80,8	80,9	81,5	72,3
Geschlecht									
Männer	85,8	86,6	79,6	84,8	85,1	82,7	81,5	81,7	76,9
Frauen	84,0	85,9	68,9	80,6	80,8	78,7	80,4	81,3	68,2
Altersgruppen									
18-34 Jahre	77,8	79,1	70,5	72,3	73,2	67,2	71,4	71,6	▲
35-59 Jahre	85,9	87,6	73,9	84,5	84,7	83,1	80,9	81,8	63,4
60 Jahre und älter	87,7	88,4	78,3	85,8	85,6	86,8	88,3	88,3	82,2
Sozialstruktureller Status									
Erwerbstätig	87,3	88,2	79,8	85,0	85,1	84,5	82,2	82,3	79,2
In Schule/Ausbildung	78,1	79,2	73,0	75,0	75,0	▲	75,7	75,2	▲
Arbeitslose	67,9	69,2	62,3	65,2	65,0	65,8	51,8	54,1	▲
Rentner/Pensionäre	87,5	88,4	76,0	85,5	85,5	85,2	87,9	88,4	81,4
Sonstige	80,3	83,7	52,0	75,7	76,7	70,4	83,1	86,1	▲

Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt und deutsche Staatsangehörige waren.

▲ = n<20. Mighg = Migrationshintergrund.

Quelle BT-Wahl 2002: ESS 2002-2004, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2002 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2005: ESS 2006-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der letzten Bundestagswahl im September 2005 gewählt?

Quelle BT-Wahl 2009: GLES 2009. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Frage: Haben Sie bei der Bundestagswahl am 27. September gewählt oder haben Sie nicht gewählt?

Zusammensetzung der wahlberechtigten Personen mit Migrationshintergrund zusammenhängen, etwa durch Zuwanderung oder Einbürgerung von beteiligungswilligen Personen. Möglich ist auch, dass dieser Unterschied Ausdruck einer kurzfristigen zufälligen Schwankung ist. Schließlich könnten methodische Aspekte, wie Verzerrungen durch *Nonresponse*²⁴ zu den Unterschieden in den Anteilswerten der Bundestagswahlen 2002 und 2005 beitragen. All diese und weitere Möglichkeiten können im Rahmen des Working Papers nicht überprüft werden, sind aber bei der Betrachtung der Daten zu berücksichtigen.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass Unterschiede im Partizipationsniveau bei Bundestagswahlen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen. Wie bereits aus anderen Studien bekannt, beteiligen sich wahlberechtigte Personen mit Migrationshintergrund seltener an Wahlen. Diese Diskrepanz wird jedoch bei einer Unterscheidung der Zuwanderergenerationen in erste und zweite Generation relativiert. Personen der zweiten Zuwanderergeneration geben ähnlich häufig an, sich an den vergangenen Bundestagswahlen beteiligt zu haben wie Personen ohne Migrationshintergrund.

2.2.2 Wahlentscheidung

Durch Wahlen werden die Bildung und der Fortbestand von Regierungen beeinflusst sowie die Möglichkeiten von Parteien festgelegt, ihre politischen Ziele im Parlament durchzusetzen (vgl. Arzheimer/Falter 2003). Wahlen dienen der Auswahl der Personen, die die Interessen der Wählerschaft im politischen Prozess vertreten (vgl. Schmitt 2005: 9f.). Mit der Bundestagswahl wird in Deutschland darüber entschieden, welche Partei oder welche Parteienkoalition zusammen mit dem vom Parlament gewählten Bundeskanzler und den Bundesministern regieren wird (vgl. ebd.: 9). Deshalb ist es für Politiker und Parteien von besonderem Interesse, zu wissen, wem die Wähler ihre Stimme geben (würden).

24 Von *Nonresponse* (engl. = Antwortausfall) spricht man, wenn nicht mit allen Elementen der Bruttostichprobe Interviews realisiert werden können. Typischerweise wird zwischen *Nonresponse* wegen Nichterreichbarkeit, Kooperationsverweigerung oder wegen mangelnder Befragungsfähigkeit unterschieden. Wenn systematisch Personen mit ähnlichen Merkmalen, Eigenschaften und Präferenzen nicht an Umfragen teilnehmen, kann es bei den Stichprobenergebnissen zu Verzerrungen kommen, dem sog. *Nonresponse-Bias*.

Für die Auswertungen zum Stimmverhalten wird für die Bundestagswahl in den Jahren 2002 und 2005 der *European Social Survey* (ESS) genutzt. Für das Wahljahr 2009 können wegen zu geringer Fallzahlen auf der Grundlage der Deutschen Wahlstudie (GLES) keine Aussagen zum Stimmverhalten der Personen mit Migrationshintergrund gemacht werden.

Die Daten des ESS für die Wahljahre 2002 und 2005 (Tabelle 7) lassen eine leichte Präferenz für die CDU/CSU innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund erkennen. Im Vergleich wählen Migranten eher CDU/CSU als SPD, während Personen ohne Migrationshintergrund die SPD bevorzugen. Die Wahlentscheidung für die FDP fiel sowohl für das Wahljahr 2002 als auch für das Wahljahr 2005 in beiden Gruppen ähnlich aus. Es entschieden sich im Wahljahr 2002 8,3 Prozent (2005: 9,9 Prozent) der Personen ohne Migrationshintergrund dafür, ihre Zweitstimme den Liberalen zu geben. In der Gruppe mit Migrationshintergrund belief sich der Stimmenanteil für die FDP im Jahr 2002 auf 8,5 Prozent (2005: 9,3 Prozent). Die Grünen konnten in beiden Wahljahren anteilsmäßig mehr Zweitstimmen aus der Gruppe mit Migrationshintergrund auf sich vereinen. Der Anteil der Stimmen, der auf die kleineren Parteien aus dem linken und rechten Lager entfällt, ist wiederum in beiden Gruppen ähnlich gering. Die Angaben zur Stimmabgabe stimmen in ihrer Tendenz mit den ermittelten Parteipräferenzen der Befragten überein (siehe S. 30)

Eine Differenzierung der Wahlentscheidung nach Herkunftsland der Befragten ist mit den Daten des ESS nicht möglich, da nicht ausreichend Fälle zur Verfügung stehen, die belastbare Aussagen erlauben. Um dennoch einen Eindruck über das hypothetische Stimmverhalten im Zusammenhang mit dem Herkunftsland zu vermitteln, werden Berechnungen für die Wahlabsicht eingebürgerter Personen auf der Basis des Politbarometers 1999 und 2000/2001 von Andreas M. Wüst wiedergegeben (Wüst 2003). Hierbei ist zu beachten, dass es sich um die Frage nach der Wahlabsicht bei einer kommenden Wahl handelt und nicht um die Rückerinnerung an die vergangene Wahl.

Für beide Befragungszeitpunkte geben Personen aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und aus Rumänien zu 60 oder mehr Prozent an, bei einer kommenden Wahl für die Unionsparteien zu stimmen. Wüst resümiert zudem, dass CDU und CSU besonders von häufigen Kirchgängern profitieren. Türkischstämmi-

Tabelle 7: Wahlentscheidung (Zweitstimme) bei Bundestagswahlen, ESS 2002-2008 (in Prozent)

	BT-Wahl 2002			BT-Wahl 2005		
	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
CDU/CSU	33,6	33,6	34,4	33,9	33,9	33,5
SPD	35,8	36,3	31,3	34,6	34,8	32,8
FDP	8,4	8,3	8,5	9,9	9,9	9,3
Bündnis 90/Die Grünen	15,3	14,9	18,9	13,5	13,2	15,5
Die Linke	4,8	4,8	5,6	6,5	6,5	6,4
Sonstige	2,1	2,3	▲	1,8	1,7	▲

Personen, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens 18 Jahre alt waren und deutsche Staatsangehörige sind.

▲ = n<20. Mighg = Migrationshintergrund.

Quelle BT-Wahl 2002: ESS 2002-2004, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet.

Frage: Welche Partei haben Sie mit Ihrer Zweitstimme gewählt?

Quelle BT-Wahl 2005: ESS 2006-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet.

Frage: Welche Partei haben Sie mit Ihrer Zweitstimme gewählt?

ge Eingebürgerte würden ihre Stimme eher der SPD geben. Personen mit ehemals polnischer Staatsangehörigkeit sind in ihrem Stimmverhalten weniger eindeutig einer Partei zuzuordnen. Während im Jahr 1999 noch knapp zwei Drittel für die Unionsparteien stimmen wollten, waren es 2001/2002 nur noch die Hälfte der Befragten (ebd.: 117).

Auch in den multivariaten Analysen von Wüst hat sich die ehemalige Staatsangehörigkeit der Befragten als stabiles Instrument erwiesen, um die Stimmabsicht bei Wahlen zu erklären (Wüst 2003: 118 und 124). Um die Präferenzen der Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und aus Rumänien für die Unionsparteien zu erklären, wird auf die Erfahrungen dieser Personen mit sozialistischen Parteien in ihren Herkunftsländern hingewiesen (Wüst 2003: 125). Dass türkischstämmige Personen nur wenig zu den

Unionsparteien tendieren, wird darauf zurückgeführt, dass sie sich wahrscheinlich durch die christliche Ausrichtung der Parteien nicht angesprochen fühlen. Die Hinwendung der türkischstämmigen Wähler zur SPD führen Wahlforscher auf die langjährige Bindung dieser Gruppe an Gewerkschaften und Arbeiterwohlfahrt zurück (ebd.: 124; vgl. Wüst 2006: 231).

Das Präferenzmuster spiegelt gleichzeitig die Wirkung der inhaltlichen Partei-Standpunkte zu Fragen der Migrations- und Integrationspolitik auf die Wahlentscheidung der Eingebürgerten wider (issue-orientiertes Stimmverhalten). Während die Unionsparteien im Untersuchungszeitraum für eine Politik standen, die (Spät-)Aussiedlern zu Gute kam, konzentrierte sich die SPD auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund (Wüst 2003: 124).

Tabelle 8: Wahlabsicht, Politbarometer 1999 und 2001/2002 (in Prozent)

Ehemalige Staatsangehörigkeit	Politbarometer 1999						Politbarometer 2001/2002					
	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	Andere	SPD	CDU/CSU	Grüne	FDP	PDS	Andere
Nicht Eingebürgerte	36	49	6	3	4	3	39	39	7	8	4	1
Alle Eingebürgerten	33	54	6	3	2	3	42	42	8	6	2	0
Ehem. SU und NF	16	78	0	3	2	2	23	73	1	1	1	0
Polen	29	62	2	4	0	2	42	51	3	2	1	1
Rumänien	15	67	7	4	0	6	17	60	5	19	0	0
Türkei	65	9	17	4	2	4	62	11	22	3	3	0

Quelle: Wüst 2003: 117. SU und NF = Sowjetunion und Nachfolgestaaten.

An anderer Stelle resümiert Wüst, dass zusätzlich zu Issue-Präferenzen, d.h. themenspezifische Präferenzen, und Kandidatenpräferenzen sich als zentrale Erklärungsvariable für die Stimmabgabe von Eingebürgerten bei Wahlen im Einklang mit etablierten Erklärungsmodellen der Wahlforschung die Parteidentifikation erwies (Wüst 2002: 219).

2.3 Politisches Engagement über Wahlen hinaus

Die Beteiligung an Wahlen ist nur eine von vielen Möglichkeiten für Personen mit Migrationshintergrund, sich im politischen Entscheidungsprozess Gehör zu verschaffen. In den letzten 40 Jahren hat sich in Deutschland das Spektrum politischer Partizipationsformen vergrößert. Der Gang zur Wahlurne ist nicht mehr die einzig akzeptierte Möglichkeit, den politischen Willen kundzutun. Viele andere – sogenannte nicht-elektorale – Aktivitäten, wie beispielsweise die Beteiligung an Unterschriftensammlungen, das direkte Kontaktieren eines Politikers oder das Demonstrieren sowie die Mitarbeit in politischen Initiativen und Vereinigungen gelten als gängige Formen, auf das politische System Einfluss zu nehmen. Vereinfacht wird die Nutzung einiger der genannten Formen durch das Internet, welches die Informationsbeschaffung zu politischen Beteiligungsmöglichkeiten und Initiativen, aber auch die Erreichbarkeit von Politikern erleichtert.

Im Zusammenhang mit Personen mit Migrationshintergrund erlangen nicht-elektorale Formen politischer Beteiligung eine besondere Bedeutung, da sie als Instrument der Einflussnahme auf das politische System oder zumindest zur Bekundung von Bedürfnissen und

Erwartungen auch denjenigen zur Verfügung stehen, die nicht deutsche Staatsangehörige sind.

Die vorliegenden Analysen beschäftigen sich mit nicht-elektoralen Formen politischer Partizipation, die von dem jeweiligen Befragten in den vergangenen zwölf Monaten vor der Befragung genutzt wurden. Genauer betrachtet wird, ob der Befragte Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen, in einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet, sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt oder an einer genehmigten Demonstration teilgenommen hat.

Tabelle 9 informiert darüber, zu welchem Anteil in der Bevölkerung nicht-elektorale Partizipationsformen verbreitet sind. Insgesamt geben 39,1 Prozent der Befragten an, mindestens eine der vier genannten Partizipationsformen ausgeübt zu haben. Unter den Personen ohne Migrationshintergrund geben 40,4 Prozent der Befragten an, sich auf diese Weise politisch beteiligt zu haben. Der Anteil innerhalb der Gruppe mit Migrationshintergrund bleibt dahinter zurück. Hier berichten 32,1 Prozent, eine der vier genannten Beteiligungsformen genutzt zu haben.

Auch Claudia Diehl wertete auf der Grundlage des Integrationssurveys des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund an nicht-elektoralen Partizipationsformen aus (vgl. Diehl 2005b). Im Rahmen des Integrationssurveys wurden türkisch- und italienischstämmige Personen sowie Deutsche ohne Migrationshintergrund gefragt, ob sie in der Vergangenheit bereits politisch aktiv waren, ohne die im ESS

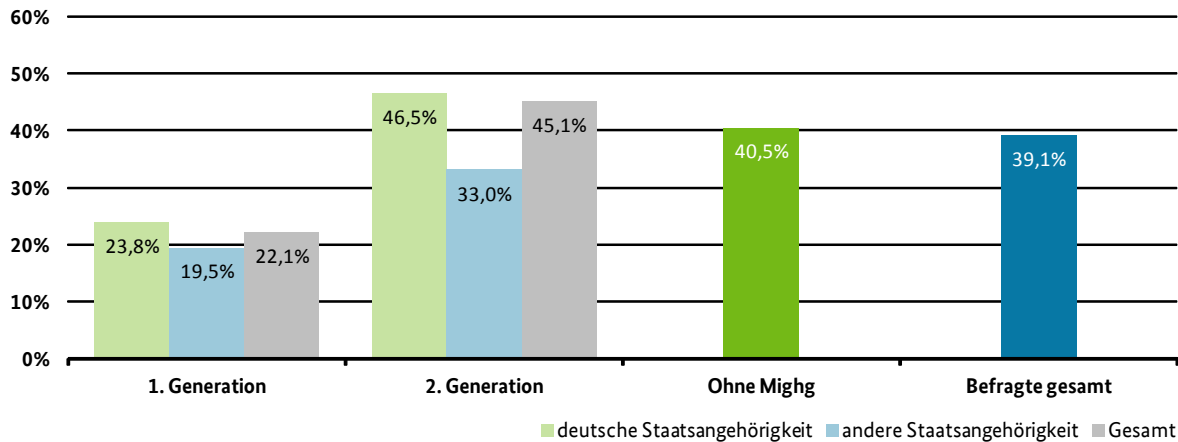
Tabelle 9: Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (in Prozent)

In den letzten zwölf Monaten	ESS 2002-2008		
	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
ausgeübt	39,1	40,5	32,1
Nicht ausgeübt	60,9	59,5	67,9

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet.
Mighg = Migrationshintergrund.

Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? An einer genehmigten Demonstration teilgenommen?

Abbildung 8: Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? An einer genehmigten Demonstration teilgenommen?

vorliegende Beschränkung auf die vergangenen zwölf Monate. Die Teilnahme an nicht-elektoralen Formen der politischen Partizipation bezog sich hierbei auf das Briefe schreiben an einen Politiker, die Übernahme eines politischen Amtes, die Mitarbeit in einer Bürgerinitiative, die Teilnahme an einer Demonstration und die Mitgliedschaft in einer Partei. Auf der Grundlage des Integrationssurveys des BiB erwiesen sich Personen ohne Migrationshintergrund mit einem Anteil von 49,8 Prozent im Vergleich zu Italienern (38,6 Prozent) und Türken (36,7 Prozent) als aktiver (vgl. Diehl 2005b: 302).

Eine Unterscheidung zwischen erster und zweiter Zuwanderergeneration anhand der ESS-Daten führt zu einem differenzierteren Bild (Abbildung 8). Personen der zweiten Generation nutzten zu einem höheren Anteil nicht-elektoralen Partizipationsformen (45,1 Prozent) als die erste Generation (22,1 Prozent) und Personen ohne Migrationshintergrund (40,5 %). Zudem nehmen ausländische Personen, die in Deutschland leben, ihre Möglichkeiten nicht-elektoraler Partizipation seltener wahr als Deutsche mit und ohne Migrationshintergrund.

Die geringere Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen von Ausländern im Vergleich von Zuwanderern mit deutscher Staatsangehörigkeit kann einerseits darauf zurückzuführen sein, dass bei ausländischen Personen wegen des ihnen fehlenden

Wahlrechts die Bereitschaft, überhaupt politisch aktiv zu werden, schwächer ist. Ebenfalls ist denkbar, dass sie nicht hinreichend über die politischen Partizipationsmöglichkeiten informiert sind, die ihnen als Ausländern in Deutschland zur Verfügung stehen.

Als nächstes wird näher betrachtet, in welchem Umfang verschiedene nicht-elektoralen Partizipationsformen von den Befragten genutzt werden. Auch hierbei wird wieder nach Personen mit und ohne Migrationshintergrund differenziert (Tabelle 10). Am häufigsten wird in beiden Gruppen die Beteiligung an Unterschriftensammlungen angegeben. Knapp jede dritte Person ohne Migrationshintergrund (31,4 Prozent) und jede vierte Person mit Migrationshintergrund (25,0 Prozent) gibt an, sich an einer solchen in den vergangenen zwölf Monaten beteiligt zu haben.

An zweiter Stelle steht das Kontaktieren eines Politikers. Auch hier sind Unterschiede zwischen den beiden Gruppen zu beobachten. 13,9 Prozent der Personen ohne Migrationshintergrund geben an, Kontakt zu einem Politiker aufgenommen zu haben. Bei den Personen mit Migrationshintergrund sind es 9,8 Prozent. Die Möglichkeit zu demonstrieren wurde von beiden Gruppen jeweils zu einem ähnlichen Anteil genutzt (Personen mit Migrationshintergrund: 8,6 Prozent, Personen mit Migrationshintergrund: 8,2 Prozent). Die Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung spielt jeweils nur eine geringe Rolle.

Die Resultate anderer Umfragen zeigen ähnliche Präferenzmuster in der Nutzung nicht-elektoraler Beteiligungsformen. Aus der Erhebung „Demokratie und Integration in Deutschland“, die die Forschungsgruppe Wahlen im November und Dezember 2008 im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchführte, geht hervor, dass von den nicht-elektoralen Partizipationsformen die Beteiligung an einer Unterschriftensammlung sowohl von Personen ohne Migrationshintergrund (77 Prozent) als auch von Personen mit Migrationshintergrund (65 Prozent) favorisiert wurde, gefolgt von der Teilnahme an einer genehmigten Demonstration (35 Prozent/27 Prozent). Seltener arbeiten Personen ohne (13 Prozent) und mit Migrationshintergrund (6 Prozent) in einer Partei mit (vgl. Kornelius 2009: 104).

Im Rahmen der Neubürgerstudie von Andreas M. Wüst befragte eingebürgerte Heidelberger weisen ein ähnliches Muster auf mit der Beteiligung an einer Unterschriftensammlung (30 Prozent), der Teilnahme an einer Demonstration (17 Prozent) und der Parteiarbeit (2 Prozent) (vgl. Wüst 2002: 171). Rund 28 Prozent der befragten Neubürger gaben an, noch nie eine der genannten Beteiligungsformen genutzt zu haben. Ein Faktor, der die Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen begünstigt, ist die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft (vgl. ebd.: 173).

Auf der Grundlage des Integrationssurveys des BiB nutzen türkisch- und italienischstämmige Befragte die Teilnahme an einer Demonstration zu je knapp einem Drittel, um ihren Willen zu bekunden (vgl. Diehl 2005b: 302). Auch in dieser Befragung wählen die wenigsten Befragten mit und ohne Migrationshinter-

grund die Parteiarbeit als eine Möglichkeit, politischen Einfluss auszuüben. Gewerkschafts- und Vereinsmitgliedschaften beeinflussen die nicht-elektoralen Partizipation positiv (vgl. Diehl 2005b: 304).

Unterteilt man Personen mit Migrationshintergrund nach erster und zweiter Zuwanderergeneration, ändert sich das Muster der Nutzungshäufigkeiten leicht (Abbildung 9). Während sich auf der Datenbasis des ESS Personen der zweiten Generation und Personen ohne Migrationshintergrund im Zeitraum von 2002 bis 2008 durchschnittlich am häufigsten an Unterschriftensammlungen beteiligen, gefolgt vom Kontaktieren eines politischen Akteurs, dem Demonstrieren und der Mitarbeit in politischen Parteien oder Gruppierungen, ändert sich die Rangfolge bei Personen der ersten Generation geringfügig. Zwar ist auch innerhalb dieser Gruppe die Teilnahme an einer Unterschriftensammlung die am häufigsten genutzte Partizipationsform, allerdings steht nicht das Kontaktieren eines Politikers an zweiter Stelle, sondern die Teilnahme an einer genehmigten Demonstration. Den letzten Platz belegt, wie auch in den anderen beiden Gruppen, die Mitarbeit in politischen Parteien oder Gruppierungen.

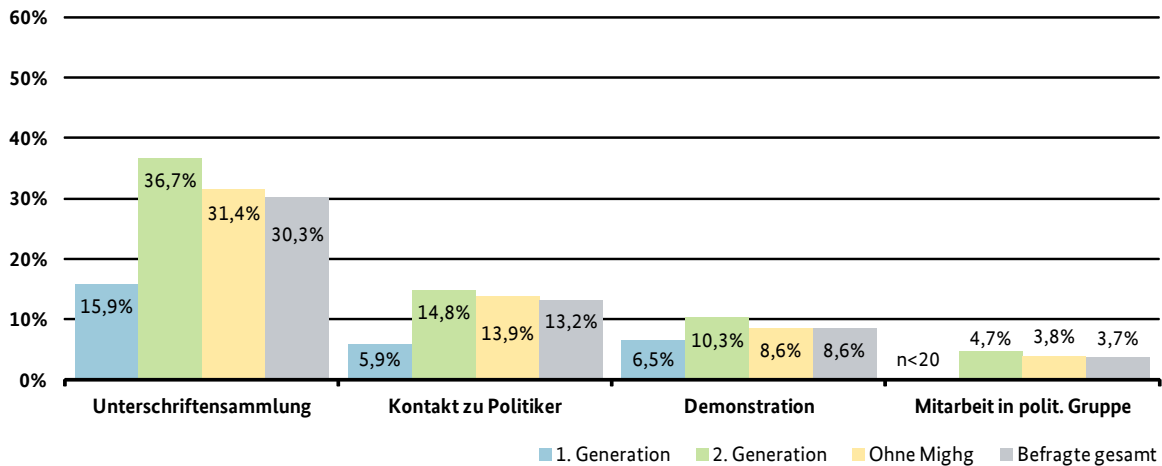
Insgesamt bleibt die erste Generation in ihrer Beteiligung an nicht-elektoralen Partizipationsformen hinter den beiden anderen Gruppen zurück. Dagegen nutzt die zweite Generation alle hier untersuchten Partizipationsformen häufiger als die erste Generation und sogar häufiger als die Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund.

Tabelle 10: Nicht-elektorale Formen politischer Partizipation nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)

In den letzten zwölf Monaten	ESS 2002-2008		
	Bevölkerung gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
Beteiligung an einer Unterschriftensammlung	30,3	31,4	25,0
Kontaktieren eines Politikers	13,2	13,9	9,8
Teilnahme an einer Demonstration	8,6	8,6	8,2
Mitarbeit in einer politischen Partei oder Gruppierung	3,7	3,8	2,9

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? An einer genehmigten Demonstration teilgenommen?

Abbildung 9: Nicht-elektorale Formen politischer Partizipation nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)



Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? An einer genehmigten Demonstration teilgenommen?

Tabelle 11: Nutzung mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)

	Gesamt	Ohne Mighg	Mit Mighg
Insgesamt	39,1	40,5	32,1
Geschlecht			
Männer	39,8	40,9	34,4
Frauen	38,4	40,0	29,9
Altersgruppen			
15-34 Jahre	38,8	41,4	29,8
35-59 Jahre	43,2	45,1	33,8
60 Jahre und älter	32,9	32,8	33,6
Deutsche Staatsangehörigkeit			
Ja	-	-	39,9
Nein	-	-	21,8
Sozialstruktureller Status			
Erwerbstätig	44,2	45,9	36,2
In Schule/Ausbildung	42,7	44,9	33,7
Arbeitslose	32,0	33,8	27,0
Rentner/Pensionäre	31,4	31,5	30,8
Sonstige	32,4	35,8	19,1

Quelle: ESS 2002-2008, deutsche Teilstudie. Eigene Berechnung. Angaben in Prozent, gewichtet. Mighg = Migrationshintergrund. Frage: Es gibt verschiedene Möglichkeiten, mit denen man versuchen kann, etwas in Deutschland zu verbessern oder zu verhindern, dass sich etwas verschlechtert. Haben Sie im Verlauf der letzten 12 Monate irgendetwas davon unternommen? Haben Sie ... Kontakt zu einem Politiker oder einer Amtsperson auf Bundes-, Landes- oder Kommunalebene aufgenommen? In einer politischen Partei oder Gruppierung mitgearbeitet? Sich an einer Unterschriftensammlung beteiligt? An einer genehmigten Demonstration teilgenommen?

Tabelle 11 ist zu entnehmen, wie die Beteiligung an nicht-elektoralen Partizipationsformen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen – differenziert nach sozialstrukturellen Merkmalen – ausgeprägt ist. In allen Gruppen mit Ausnahme der über 60-Jährigen und der Rentner sind die Anteile der Aktiven mit Migrationshintergrund niedriger als die der Aktiven ohne Migrationshintergrund. Die vergleichbaren Anteile der Aktiven unter den Rentnern und den über 60-Jährigen scheinen nicht mit einer erhöhten Beteiligung der Personen mit Migrationshintergrund in diesen Gruppen zusammenzuhängen, sondern mit niedrigeren Beteiligungsniveaus der Personen ohne Migrationshintergrund.

Unter den Personen ohne Migrationshintergrund nutzen Frauen und Männer zu gleichen Anteilen nicht-elektoralen Partizipationsformen. Ein glockenförmiger Verlauf in der politischen Aktivität außerhalb des Wählens lässt sich bei dieser Gruppe zwischen den verschiedenen Altersklassen beobachten: Personen mittleren Alters sind demnach am aktivsten. Bei den Personen mit Migrationshintergrund sind Frauen weniger aktiv als Männer und es ist ein Anstieg in dem Anteil der politischen Beteiligung vom untersten zum mittleren Alterssegment zu verzeichnen, das Niveau wird dann aber in der höchsten Altersgruppe gehalten. Auch bei den nicht-elektoralen Beteiligungsformen ist zu beobachten, dass Deutsche aktiver sind als Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Gleich ist in der Gruppe mit und ohne Migrationshintergrund, dass unter den Erwerbstätigen der Anteil der Aktiven am höchsten ist.

3 Fazit

Im Rahmen dieses Working Papers wurde die Teilhabe am politischen Leben von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland beleuchtet. Behandelt wurden anhand bestehender Forschungsarbeiten und mittels Analysen sozialwissenschaftlicher Umfragedaten politische Einstellungen (Kapitel 2.1), elektorale Partizipation (2.2) und die Nutzung nicht-elektoraler Partizipationsformen (Kapitel 2.3) von Personen mit im Vergleich zu solchen ohne Migrationshintergrund. Relativ verbreitet ist in der Partizipationsforschung der Befund, dass die politische Beteiligung von Zuwanderern niedriger ist als die der Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Diehl 2005b: 293). Durch die Analysen des kumulierten *European Social Survey* (ESS) der Jahre 2002, 2004, 2006 und 2008 konnte dieses Muster etwas relativiert werden. Zwar zeigten sich auch hier Unterschiede in der Ausprägung politischer Einstellungen sowie in der Nutzungshäufigkeit elektoraler und nicht-elektoraler Partizipationsformen zwischen Personen ohne und mit Migrationshintergrund der ersten Zuwanderergeneration. Für die in Deutschland geborene zweite Generation ließen sich diese Unterschiede jedoch nicht mehr beobachten, wenn es sich dabei um Migranten mit deutscher Staatsangehörigkeit handelte. Das Ausmaß ihrer Teilhabe am politischen Leben in Deutschland ist vergleichbar mit dem der Personen ohne Migrationshintergrund. Für die Personen der zweiten Zuwanderergeneration, die keine deutschen Staatsangehörigen sind, konnte bei den nicht-elektoralen Partizipationsformen sowie bei der Parteineigung ein geringeres Niveau im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund festgestellt werden.

Deutlich wurde, dass die Teilhabe am politischen Leben in Deutschland wie Integration im Allgemeinen ein Prozess ist, der Zeit benötigt. Die vorgestellten Ergebnisse legen nahe, dass sich zugewanderte Personen erst nach einer Orientierungsphase mit dem politischen System Deutschlands auseinander setzen und sich darin zurechtfinden. Darüber hinaus scheint sich die Motivation, sich mit dem politischen Leben in Deutschland zu beschäftigen, auch nach den all-

gemeinen Angebotsstrukturen zu richten, die Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland zur Verfügung stehen: Ausländische Personen, die durch ihren weitgehenden Ausschluss von Wahlen²⁵ in ihrem politischen Mitspracherecht eingeschränkt sind, sind auch zu einem geringeren Anteil politisch interessiert und setzen sich zu einem niedrigeren Anteil mit der politischen (Parteien-)Landschaft in Deutschland auseinander. Auch nutzen sie zu einem geringeren Anteil nicht-elektoraler Partizipationsformen, obwohl ihnen diese zur Artikulation ihrer politischen Interessen und Forderungen zur Verfügung stünden. Diehl und Blohm (2001) interpretieren dies in ihren ähnlich gelagerten Analysen als Ausdruck einer wahrgenommenen politischen Marginalisierung.

Betrachtet man die politische Teilhabe differenziert nach sozialstrukturellen Merkmalen, zeigen sich ähnliche Muster bei der Gruppe mit und ohne Migrationshintergrund. In beiden Gruppen nehmen Frauen anteilmäßig seltener am politischen Leben teil als Männer. Darüber hinaus sind ältere Personen politisch aktiver als Personen unter 35 Jahren und auch Erwerbstätige sind in politischen Belangen aktiver als Personen, die nicht (mehr) in das Erwerbssystem eingebunden sind.

Auf Herkunftsaspekte, die das politische Verhalten von Migranten determinieren können, wurde auf der Grundlage bereits vorhandener Ergebnisse der politischen Integrationsforschung eingegangen. Bisherige Befunde, vor allem Analysen auf der Basis des SOEP und die Arbeiten von Andreas M. Wüst, konnten Differenzen in der politischen Teilhabe zwischen einzelnen Migrantengruppen – insbesondere zwischen Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sowie Zuwanderern aus anderen Ländern – identifizieren. Unterschiede zeigen sich in diesen Studien in Bezug auf die Einteilung der politischen

25 Ausnahmen bilden für Angehörige der EU-Staaten die Beteiligung an Kommunal- und Europawahlen.

Landschaft in Links und Rechts, die von Migranten aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion seltener genutzt wird als von Migranten aus anderen Ländern. Unterschiede zwischen einzelnen Herkunftsgruppen wurden in diesen Studien auch bezüglich der Parteipräferenzen dokumentiert. Ende der 1990er/Anfang der 2000er Jahre identifizierten sich eingebürgerte Personen aus der Türkei und Polen demnach eher mit der SPD, Personen aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion sympathisierten eher mit der CDU/CSU (Wüst 2002: 153f.). Neuerdings wird jedoch von einer Aufweichung dieser Präferenzmuster gesprochen.

Die Darstellung der Teilhabe von Migranten am politischen Leben in Deutschland auf der Grundlage von ESS und GLES beschränkte sich in diesem Working Paper auf deskriptive Analysen, die die durchschnittliche politische Teilhabe im Zeitraum von 2002 bis 2008 (ESS) und 2009 (GLES) widerspiegeln. Eine detaillierte Analyse der politischen Partizipation vor dem Hintergrund ihrer Bestimmungsfaktoren steht aus. Die hier vorgestellten Befunde legen nahe, dass zum einen die Aufenthaltsdauer, aber auch der Umfang der politischen Rechte, über die Migranten verfügen, ihre Teilhabe am politischen Leben beeinflussen. Aus der nationalen und internationalen Forschung zu politischer Partizipation von Migranten ist darüber hinaus bekannt, dass sich insbesondere die formale Bildung und die Einbindung in soziale Netzwerke förderlich auf die politische Beteiligung auswirken. Die Wirkungsweise dieser und weiterer Faktoren muss in tiefer gehenden Analysen untersucht werden, um die hier dargestellten Ergebnisse auf einer breiteren statistischen Grundlage zu präsentieren und um in Zukunft über detailliertere Befunde zur Teilhabe von Personen mit Migrationshintergrund am politischen Leben in Deutschland zu verfügen.

Literatur

- Adamson, Göran** (2007): Immigrants and Political Participation - Background, Theory, and Empirical Suggestions, Wien: Fundamental Rights Agency, Online: http://fra.europa.eu/fraWebsite/attachments/Immigrants_and_political_participation_2006.pdf. Letzter Zugriff: 13.12.2011
- Ajzen, Icek** (1988): Attitudes, Personality, and Behavior, Chicago: Dorsey Press.
- Ajzen, Icek/Fishbein, Martin** (1980): Understanding Attitudes and Predicting Social Behavior, Upper Saddle River: Prentice-Hall.
- Aldrich, John H.** (1993): Rational Choice and Turnout, in: American Journal of Political Science, 37(1), 246-278.
- Aleksynska, Maryia** (2007): Quantitative Assessment of Immigrants' Civic Activities: Exploring the European Social Survey, in: Vogel, Dita (Hg.): Highly Active Immigrants. A Resource for European Civic Societies, Frankfurt: Peter Lang Verlag, 59-74.
- Almond, Gabriel A./Verba, Sidney** (1963): The Civic Culture: Political Attitudes and Democracy, Princeton: Princeton University Press.
- Arvizu, John R./Garcia, F. Chris** (1996): Latino Voting Participation: Explaining and Differentiating Latino Voting Turnout, in: Hispanic Journal of Behavioral Sciences, 18(2), 104-128.
- Arzheimer, Kai/Falter, Jürgen W.** (2003): Wahlen und Wahlforschung, in: Münkler, Herfried (Hg.): Politikwissenschaft. Ein Grundkurs, Reinbek: Rowohlt, 553-586.
- Babka von Gostomski, Christian/Pupeter, Monika** (2008): Zufallsbefragung von Ausländern auf der Basis des Ausländerzentralregisters. Erfahrungen bei der Repräsentativbefragung „Ausgewählte Migrantengruppen in Deutschland 2006/2007“ (RAM), in: Methoden – Daten – Analysen 2 (2), 149-177.
- Bagno, Olena V.** (2006): The Destination Does Matter. Life-long Openness Model of Political Socialisation Applied to the Study of CIS Jewish Immigrants in Germany, Haifa: Annual International Graduate Student Conference in Political Science, International Relations and Public Policy, Online: <http://gradcon.huji.ac.il/docs/19.pdf>. Letzter Zugriff: 13.12.2011
- Balch, George I.** (1974): Multiple Indicators in Survey Research: The Concept “Sense of Political *Efficacy*”, in: Political Methodology 1 (2), 1-43.
- Bauböck, Rainer** (2002): Wessen Stimme zählt? Thesen über die demokratische Beteiligung in der Einwanderungsgesellschaft. IWE Working Paper 35, Wien: Österreichische Akademie der Wissenschaften.
- Bauböck, Rainer** (2005): Expansive Citizenship - Voting Beyond Territory and Membership, in: PS: Political Science and Politics, 38(4), 683-671.

- Becker, Rolf** (2002): Wahlbeteiligung im Lebensverlauf, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 54(2), 246-263.
- Benhabib, Seyla** (2009): *Die Rechte der Anderen. Ausländer, Migranten, Bürger*. Lizenzausgabe, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Berger, Maria/Galonska, Christian/Koopmans, Ruud** (2002): Not a Zero-Sum Game: Ethnic Communities and Political Integration of Migrants in Berlin, Turin: European Consortium for Political Research Joint Session.
- Berger, Maria/Galonska, Christian/Koopmans, Ruud** (2004): Political Integration by a Detour: Ethnic Communities and Social Capital of Migrants in Berlin, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30(3), 491-507.
- Bilodeau, Antoine** (2008): Immigrants' Voice through Protest Politics in Canada and Australia: Assessing the Impact of Pre-Migration Political Repression, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 34(6), 975-1002.
- Bilodeau, Antoine** (2009): Residential Segregation and the Electoral Participation of Immigrants in Australia, in: *International Migration Review*, 43(1), 134-159.
- Bilodeau, Antoine/McAllister, Ian/Kanji, Mebs** (2010): Adaption to Democracy among Immigrants in Australia, in: *International Political Science Review*, 31(2), 141-165.
- Bischoff, Detlef/Teubner, Werner** (1992): *Zwischen Einbürgerung und Rückkehr. Ausländerpolitik und Ausländerrecht in der Bundesrepublik Deutschland*. Eine Einführung, 3. Auflage, Berlin: Hitit-Verlag.
- Black, Jerome H.** (1987): The Practice of Politics in Two Settings: Political Transferability among Recent Immigrants to Canada, in: *Canadian Journal of Political Science/Revue canadienne de science politique*, 20(4), 731-753.
- Bloemraad, Irene/Trost, Christine** (2008): It's a Family Affair: Intergenerational Mobilization in the Spring 2006 Protests, in: *American Behavioral Scientist*, 52(4), 507-532.
- Blohm, Michael/Diehl, Claudia** (2001): Wenn Migranten Migranten befragen, in: *Zeitschrift für Soziologie* 30 (3), 223-242
- Brady, Henry E.** (1999): Political Participation, in: Robinson, John P/Shaver, Phillip R./Wrightsmann, Lawrence S. (Hg.): *Measures of Political Attitudes*. Bd. 2, San Diego: Academic Press, 737-801.
- Bueker, Catherine Simpson** (2005): Political Incorporation Among Immigrants from Ten Areas of Origin: The Persistence of Source Country Effects, in: *International Migration Review*, 39(1), 103-140.
- Caballero, Claudio** (2005): Nichtwahl, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 329-366.
- Caballero, Claudio** (2007): *Integration und politische Unterstützung. Eine empirische Untersuchung unter Ausländern*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Cain, Bruce E./Kiewiet, D. Roderick/Uhlaner, Carole J.** (1991): The Acquisition of Partisanship by Latinos and Asian Americans, in: *American Journal of Political Science*, 35(2), 390-422.
- Campbell, Angus/Converse, Phillip E./Miller, Warren E./Stokes, Donald E.** (1960): *The American Voter*, New York: Wiley.

- CDU-Bundesgeschäftsstelle** (2007): Statutenbroschüre der CDU Deutschlands, Berlin. Online: <http://www.cdu.de/doc/pdfc/080121-CDU-statut.pdf>. Letzter Zugriff: 13.12.2011.
- Christlich-Soziale Union in Bayern e.V.** (2010): Satzung, Online: <http://www.csu.de/dateien/partei/blaetterkatalog/satzung/index.html>. Letzter Zugriff: 13.12.2011.
- Claro da Fonseca, Sara** (2006): Neue Bürger - neue Kandidaten? Die Parteien im Wettstreit um Migrantenstimmen, in: WZB-Mitteilungen, (114), 32-35.
- Cyrus, Norbert** (2005): Active Civic Participation of Immigrants in Germany, Oldenburg: Carl von Ossietzky Universität, Online: <http://www.politis-europe.uni-oldenburg.de/download/Germany.pdf>. Letzter Zugriff: 13.12.2011.
- Dahl, Robert A.** (1998): On Democracy, New Haven: Yale University Press.
- Dalton, Russel J.** (2006): Social Modernization and the End of Ideology Debate: Patterns of Ideological Polarization, in: Japanese Journal of Political Science, 7(1), 1-22.
- Diehl, Claudia** (2002): Die Partizipation von Migranten in Deutschland. Rückzug oder Mobilisierung? Opladen: Leske + Budrich.
- Diehl, Claudia** (2005a): Der Integrationssurvey des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung, in: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 11-22.
- Diehl, Claudia** (2005b): Fördert die Partizipation in ethnischen Vereinen die politische Integration im Aufnahme-land? Theoretische Perspektiven und empirische Evidenzen, in: Haug, Sonja/Diehl, Claudia (Hg.): Aspekte der Integration. Eingliederungsmuster und Lebenssituation italienisch- und türkischstämmiger junger Erwachsener in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 291-308.
- Diehl, Claudia/Haug, Sonja** (2003): Assessing Migration and Integration in an Immigration Hesitant Country: The Sources and Problems of Data in Germany, in: International Journal of Migration Studies/Studi Emigrazione, 152, 747-771.
- Diehl, Claudia/Blohm, Michael** (2001): Apathy, Adaption or Ethnic Mobilisation? On the Attitudes of a Politically Excluded Group, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 27(3), 401-420.
- Diehl, Claudia/Urbahn, Julia** (1998): Die soziale und politische Partizipation von Zuwanderern in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn: Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Abteilung Arbeits- und Sozialpolitik.
- Dienelt, Klaus** (2011): § 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung, in: Bergmann, Jan/Dienelt, Klaus/Röseler, Sybille: Ausländerrecht. Aufenthaltsgesetz und Freizügigkeitsgesetz/EU Artikel 16a GG und Asylverfahrensgesetz sowie arbeits- und sozialrechtliche Vorschriften, Kommentar, 9. Auflage, München: Beck, 758-764.
- Doerschler, Peter** (2004): Education and the Development of Turkish and Yugoslav Immigrants' Political Attitudes in Germany, in: German Politics, 13(3), 449-480.

- Downs, Anthony** (1957): *An Economic Theory of Democracy*, New York: Harper and Row.
- FDP** (2010): Bundessatzung der Freien Demokratischen Partei. Online: <http://www.fdp.de/files/585/Bundessatzung-2011-komplett.pdf>. Letzter Zugriff: 13.12.2011
- Fidrmuc, Jan/Doyle, Orla** (2004): *Voice of the Diaspora: An Analysis of Migrant Voting Behavior*. Working Paper 712, Ann Arbor: William Davidson Institute.
- Finifter, Ada W./Finifter, Bernard M.** (1989): Party Identification and Political Adaption of American Migrants in Australia, in: *The Journal of Politics*, 51(3), 599-630.
- Frick, Joachim R.** (2004): Das SOEP als Datenbasis für Analysen mit Bezug zu Migration. Präsentation für das Expertenforum „Daten zu Struktur und Integration der Bevölkerung mit Zuwanderungshintergrund“, Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Online: http://www2000.wzb.eu/alt/aki/files/frick_soep.pdf. Letzter Zugriff: 13.12.2011.
- Fuchs, Dieter** (1995): Die Struktur politischen Handelns in der Übergangsphase, in: Klingemann, Hans-Dieter/Erbring, Lutz/Diederich, Nils (Hg.): *Zwischen Wende und Wiedervereinigung. Analysen zur politischen Kultur in West- und Ostberlin 1990*, Opladen: Westdeutscher Verlag, 135-163.
- Gabriel, Oscar W.** (2005): Politische Einstellungen und politische Kultur, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hg.): *Handbuch politisches System der BRD*, München: Oldenbourg, 459-522.
- Gabriel, Oscar W./Völkl, Kerstin** (2005): Politische und soziale Partizipation, in: Gabriel, Oscar W./Holtmann, Everhard (Hg.): *Handbuch politisches System der BRD*, München: Oldenbourg, 523-573.
- Galonska, Christian/Berger, Maria/Koopmans, Ruud** (2004): Über schwindende Gemeinsamkeiten: Ausländer-versus Migrantenforschung. Die Notwendigkeit eines Perspektivenwechsels zur Erforschung ethnischer Minderheiten am Beispiel des Projekts „Die Qualität der multikulturellen Demokratie in Amsterdam und Berlin“. Working Paper SP IV 2004 – 401, WZB: Berlin.
- Gidengil, Elisabeth/Stolle, Dietlind** (2009): The Role of Social Networks in Immigrant Women's Political Incorporation, in: *International Migration Review*, 43(4), 727-763.
- Hansen, Emanuel** (2009): *Politische Partizipation in Europa. Erklärungsfaktoren und ihr Zusammenwirken*, Marburg: Tectum-Verlag.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes** (2009): *Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge*, Münster.
- Jacobs, Dirk/Phalet, Karen/Swyngedouw, Marc** (2004): Associational Membership and Political Involvement among Ethnic Minority Groups in Brussels, in: *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 30(3), 543-559.
- Jennings, M. Kent** (2007): Political Socialisation, in: Dalton, Russel J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): *The Oxford Handbook of Political Behavior*, Oxford: Oxford University Press (The Oxford Handbooks of Political Science), 29-44.
- Juhász, Zoltán** (1993): Wahlabsicht und Rückerinnerung, in: Gabriel, Oscar W./Troitzsch, Klaus G. (Hg.): *Wahlen in Zeiten des Umbruchs*, Frankfurt am Main: Peter Lang Verlag, 27-50.

- Kaase, Max** (1995): Partizipation, in: Nohlen, Dieter (Hg.): Wörterbuch Staat und Politik. 3. Auflage, München: Piper, 521-527.
- Kaase, Max** (1997): Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft. 3. Auflage, Opladen: Leske + Budrich, 159-174.
- Kaase, Max** (2005): Vorwort, in: Van Deth, Jan W. (Hg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 6-8.
- Kaase, Max/Marsh, Alan** (1979): Political Action. A Theoretical Perspective, in: Barnes, Samuel H./Kaase, Max (Hg.): Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies, London: Sage, 27-56.
- Kaltenborn, Markus** (2001): Rechtliche Grenzen der politischen Betätigung von Ausländern, in: Die öffentliche Verwaltung, Heft 2: 55-63.
- Kissau, Kathrin** (2007): Politische Internetnutzung von Migranten aus der ehemaligen Sowjetunion. PPI Working Paper 5, Münster: Westfälische Wilhelms-Universität.
- Kissau, Kathrin/Hunger, Uwe** (2009): Politische Sphären von Migranten im Internet. Neue Chancen im „Long Tail“ der Politik, Baden-Baden: Nomos-Verlagsgesellschaft.
- Koopmans, Ruud** (2006): Überwiegend friedlich. Migranten und Politik in den 1990er Jahren - ein europäischer Vergleich, in: WZB-Mitteilungen 114, 36-39.
- Kornelius, Bernhard** (2009): Demokratie und Integration in Deutschland - Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund: Ergebnisse einer repräsentativen Befragung in Deutschland, in: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Demokratie und Integration in Deutschland. Politische Führung und Partizipation aus Sicht von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund, Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung, 11-130.
- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid** (2009): Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten, in: Wochenbericht des DIW Berlin 47, 821-828.
- Lane, Robert E.** (1959): The Fear of Equality, in: The American Political Science Review, 53(1), 35-51.
- Lim, P. See/Barry-Goodman, Colleen/Branham, David** (2006): Discrimination that Travels: How Ethnicity Affects Party Identification for Southeast Asian Immigrants, in: Social Science Quarterly, 87(5), 1158-1171.
- Mair, Peter** (2007): Left-Right Orientations, in: Dalton, Russel J./Klingemann, Hans-Dieter (Hg.): The Oxford Handbook of Political Behavior, Oxford: Oxford University Press (The Oxford Handbooks of Political Science), 206-222.
- McAllister, Ian/Makkai, Toni** (1992): Resource and Social Learning Theories of Political Participation: Ethnic Patterns in Australia, in: Canadian Journal of Political Science, 25(2), 269-293.
- Milbrath, Lester W./Goel, Madan Lal** (1977): Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics, Lanham: University Press of America.

- Ministerium für Justiz, Gleichstellung und Integration des Landes Schleswig-Holstein** (2010): Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit attraktiv gestalten“. Bestandsaufnahme und Analyse, Online: http://www.mags.nrw.de/08_PDF/003_Integration/002_intmk/Anlage_4_Bericht_AG_Einbuergerung_9_3_2010.pdf. Letzter Zugriff: 13.12.2011.
- Peucker, Mario/Reiter, Stefanie** (2009): National Data Collection Systems and Practices. Country Report Germany im Rahmen des PROMINSTAT-Projektes, Bamberg: europäisches forum für migrationsstudien.
- Ramakrishnan, S. Kathrick/Espenshade, Thomas J.** (2001): Immigrant Incorporation and Political Participation in the United States, in: *International Migration Review*, 35(3), 870-909.
- Reef, Mary Jo/Knoke, David** (1999): Political Alienation and Efficacy, in: Robinson, John P./Shaver, Phillip R./Wrightman, Lawrence S. (Hg.): *Measures of Political Attitudes*, Bd. 2, San Diego: Academic Press, 413-464.
- Roller, Edeltraud/Rudi, Tatjana** (2008): Explaining Level and Equality of Political Participation. The Role of Social Capital, Socioeconomic Modernity, and Political Institutions, in: Meulemann, Heiner (Hg.): *Social Capital in Europe - Similarity of Countries and Diversity of People? Multi-level Analyses of the European Social Survey 2002*, Leiden: Brill, 251-283.
- Rudi, Tatjana** (2010): Wahlentscheidungen in postsozialistischen Demokratien in Mittel- und Osteuropa. Eine vergleichende Untersuchung, Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.
- Salentin, Kurt** (1999): Die Stichprobenziehung bei Zuwandererbefragungen, in: *ZUMA Nachrichten*, 23(45), 115-135.
- Schmidt, Manfred G.** (2007): Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder. Originalausgabe, München: Beck.
- Schmid-Eckhardt, Marianne** (1985): Politische Betätigung der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland – Auswirkungen des neuen Ausländergesetzes im Kontext der Entwicklung der Rechtssituation, in: Sen, Faruk/Jahn, Gerhard (Hg.): *Wahlrecht für Ausländer. Stand und Entwicklung in Europa*, Frankfurt: Dayeli, 49-55.
- Schmitt, Annette** (2005): Die Rolle von Wahlen in der Demokratie, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 3-29.
- Schmitt, Hermann/Holmberg, Sören** (1995): Political Parties in Decline? in: Klingemann, Hans-Dieter/Fuchs, Dieter (Hg.): *Citizens and the State*, Oxford: Oxford University Press, 95-133.
- Schoen, Harald** (2000): Wechselwählern auf der Spur: Recall- und Paneldaten im Vergleich, in: Van Deth, Jan W./Rattinger, Hans/Roller, Edeltraud (Hg.): *Die Republik auf dem Weg zur Normalität? Wahlverhalten und politische Einstellungen nach acht Jahren Einheit*, Opladen: Leske + Budrich, 145-172.
- Schoen, Harald/Weins, Cornelia** (2005): Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hg.): *Handbuch Wahlforschung*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 187-241.
- Schoen, Harald/Kaspar, Hanna** (2009): You Must Remember This ... Eine Analyse zur Wahlrückerinnerungsfrage, in: Kaspar, Hanna (Hg.): *Politik, Wissenschaft, Medien. Festschrift für Jürgen W. Falter zum 65. Geburtstag*, 1. Auflage, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 159-177.

- Schönwälder, Karen/Sinanoglu, Cihan/Volkert, Daniel** (2011). Vielfalt sucht Rat. Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund in deutschen Großstädten. Band 27 der Reihe Demokratie, Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- Sears, David O./Levy, Sheri** (2003): Childhood and Adult Political Development, in: Sears, David O./Huddy, Leonie/Jervis, Robert (Hg.): Oxford Handbook of Political Psychology, Oxford: Oxford University Press (The Oxford Handbooks of Political Science), 99-122.
- Senge, Lothar** (2011): AufenthG § 47 Verbot und Beschränkung der politischen Betätigung, in: Ambs, Friedrich (Hg.): Strafrechtliche Nebengesetze, München: Beck, 51-57.
- Sieveking, Klaus** (2010): Zur Mobilisierung von politischen Beteiligungsrechten für nicht EU-angehörige Einwanderer, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Heft 3, 623-637.
- Statistisches Bundesamt** (2011a): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt** (2011b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit - Einbürgerungen 2010. Fachserie 1 Reihe 2.1, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Tillie, Jean** (1998): Explaining Migrant Voting Behaviour in the Netherlands. Combining the Electoral Research and Ethnic Studies Perspective, in: Revue européenne de migrations internationales, 14(2), 71-95.
- Tillie, Jean** (2004): Social Capital of Organisations and their Members: Explaining the Political Integration of Immigrants in Amsterdam, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30(3), 529-541.
- Togeby, Lise** (2004): It Depends ... How Organisational Participation Affects Political Participation and Social Trust among Second-Generation Immigrants in Denmark, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 30(3), 509-528.
- Van Deth, Jan W.** (2003): Vergleichende politische Partizipationsforschung, in: Berg-Schlosser, Dirk/Müller-Rommel, Ferdinand (Hg.): Vergleichende Politikwissenschaft, Opladen: Leske + Budrich, 167-187.
- Van Deth, Jan W.** (2005): Deutschland in Europa: Eine Republik zweier Kulturen? in: Van Deth, Jan W. (Hg.): Deutschland in Europa, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 9-26.
- Verba, Sidney/Brady, Henry E./Lehman Schlozman, Kay** (1995): Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics, Cambridge: Harvard University Press.
- Wagner, Gert G./Frick, Joachim R./Schupp, Jürgen** (2007): The German Socio-Economic Panel Study (SOEP) – Scope, Evolution and Enhancement, in: Schmollers Jahrbuch: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 127(1), 139-169.
- Wald, Kenneth D.** (2008): Homeland Interests, Hostland Politics: Politicized Ethnic Identity among Middle Eastern Heritage Groups in the United States, in: International Migration Review, 42(2), 273-301.
- Wals, Sergio C.** (2010): Does What Happens in Los Mochis Stay in Los Mochis? Explaining Postmigration Political Behavior, in: Political Research Quarterly, 20(10), 1-12.
- Weßels, Bernhard** (2002): Wählen und politische Ungleichheit: Der Einfluss von individuellen Ressourcen und politischem Angebot, in: Fuchs, Dieter/Roller, Edeltraud/Weßels, Bernhard (Hg.): Bürger und Demokratie in Ost und West. Studien zur politischen Kultur und zum politischen Prozess. Festschrift für Hans-Dieter Klingemann, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 145-168.

- Westle, Bettina** (1994): Politische Partizipation, in: Gabriel, Oscar W. (Hg.): Die EU-Staaten im Vergleich. 2. Auflage, Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 137-174.
- Westle, Bettina** (2001): Politische Partizipation und Geschlecht, in: Koch, Achim/ Wasmer, Martina/Schmidt, Peter (Hg.): Blickpunkt Gesellschaft 6. Politische Partizipation in der Bundesrepublik Deutschland. Empirische Befunde und theoretische Erklärungen, Opladen: Leske + Budrich, 131-168.
- Wiedemann, Claudia** (2006): Politische Partizipation von Migranten und Migrantinnen, in: Hoecker, Beate (Hg.): Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest. Eine studienorientierte Einführung, Opladen: Verlag Barbara Budrich, 261-286.
- Wong, Janelle/Tseng, Vivian** (2008): Political Socialisation in Immigrant Families: Challenging Top-Down Parental Socialisation Models, in: Journal of Ethnic and Migration Studies, 34(1), 151-168.
- Worbs, Susanne** (2008): Die Einbürgerung von Ausländern in Deutschland. Working Paper 17 der Forschungsgruppe des Bundesamtes (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Worbs, Susanne** (2010): Mediennutzung von Migranten in Deutschland. Working Paper 34 der Forschungsgruppe des Bundesamtes (aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8), Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Worbs, Susanne/Scholz, Antonia/Blicke, Stefanie** (2012). Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen – Qualitative Studie. Forschungsbericht 16, Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.
- Wüst, Andreas M.** (2000): New Citizens - New Voters? Political Preferences and Voting Intentions of Naturalized Germans: A Case Study in Progress, in: International Migration Review, 34(2), 560-567.
- Wüst, Andreas M.** (2002): Wie wählen Neubürger? Politische Einstellungen und Wahlverhalten eingebürgerter Personen in Deutschland, Opladen: Leske + Budrich.
- Wüst, Andreas M.** (2003): Eingebürgerte als Wähler: Erkenntnisse aus der Bundesrepublik Deutschland, in: Wiener Hefte - Migration und Integration in Theorie und Praxis, 1(1), 113-126.
- Wüst, Andreas M.** (2004): Naturalised Citizens as Voters: Behaviour and Impact, in: German Politics, 13(2), 341-359.
- Wüst, Andreas M.** (2006): Wahlverhalten und politische Repräsentation von Migranten, in: Der Bürger im Staat, (4), 228-234.
- Wüst, Andreas M./Saalfeld, Thomas** (2011): Abgeordnete mit Migrationshintergrund im Vereinigten Königreich, Frankreich, Deutschland und Schweden: Opportunitäten und Politikschwerpunkte, in: Edinger, Michael (Hg.): Politik als Beruf, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 312-333.
- Zuleeg, Manfred** (1988): Juristische Streitpunkte zum Kommunalwahlrecht für Ausländer, in: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik, Heft 1: 13-20.

Abkürzungsverzeichnis

ALLBUS	Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften
AufenthG	Aufenthaltsgesetz (gültig ab 01.01.2005)
AuslG	Ausländergesetz (gültig bis 01.01.2005)
BiB	Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung
BT-Wahl	Bundestagswahl
CDU/CSU	Christlich Demokratische Union/Christlich-Soziale Union in Bayern
CVM	Civic Voluntarism Model
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
ESF	European Science Foundation
ESS	European Social Survey
EU	Europäische Union
FDP	Freie Demokratische Partei
GG	Grundgesetz
GLES	German Longitudinal Election Study (Deutsche Wahlstudie)
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Rn	Randnummer
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StAG	Staatsangehörigkeitsgesetz

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Politisches Interesse nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (in Prozent)	22
Abbildung 2:	Politisches Interesse der ersten Zuwanderergeneration unter Berücksichtigung der Aufenthaltsdauer, ESS 2002-2008 (in Prozent)	23
Abbildung 3:	Politische <i>Efficacy</i> nach Migrationshintergrund und Generation: Politische Inhalte sind zu kompliziert, um sie zu verstehen, ESS 2002-2008 (in Prozent)	24
Abbildung 4:	Politische <i>Efficacy</i> nach Migrationshintergrund und Generation: Fähigkeit, sich zu politischen Themen eine Meinung zu bilden, ESS 2002-2008 (in Prozent)	25
Abbildung 5:	Parteineigung nach Migrationshintergrund, Generation und Staatsangehörigkeit, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	28
Abbildung 6:	Parteineigung unter Zuwanderern der ersten Generation nach Aufenthaltsdauer, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	29
Abbildung 7:	Rück Erinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 und GLES 2009 (Zustimmungsprozente)	32
Abbildung 8:	Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	37
Abbildung 9:	Nicht-elektorale Formen politischer Partizipation nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	39

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Hohes politisches Interesse nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (in Prozent)	23
Tabelle 2:	Politische <i>Efficacy</i> nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (in Prozent)	26
Tabelle 3:	Links-Rechts-Selbsteinstufung nach Migrationshintergrund und Generation, ESS 2002-2008 (in Prozent)	27
Tabelle 4:	Verbundenheit zu einer Partei nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (in Prozent)	30
Tabelle 5:	Rück Erinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 und GLES 2009 (in Prozent)	31
Tabelle 6:	Rück Erinnerung an die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 und GLES 2009 (Zustimmungsprozente)	33
Tabelle 7:	Wahlentscheidung (Zweitstimme) bei Bundestagswahlen, ESS 2002-2008 (in Prozent)	35
Tabelle 8:	Wahlabsicht, Politbarometer 1999 und 2001/2002 (in Prozent)	35
Tabelle 9:	Beteiligung an mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (in Prozent)	36
Tabelle 10:	Nicht-elektorale Formen politischer Partizipation nach Migrationshintergrund, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	38
Tabelle 11:	Nutzung mindestens einer nicht-elektoralen Partizipationsform nach sozialstrukturellen Merkmalen, ESS 2002-2008 (Zustimmungsprozente)	39

Publikationen der Forschungsgruppe

Working Paper

1/2005	Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung Verfasserin: Sonja Haug	9/2007	Migration von hoch Qualifizierten und hochrangig Beschäftigten aus Drittstaaten nach Deutschland Verfasserinnen: Barbara Heß und Lenore Sauer
2/2005	Illegalität von Migranten in Deutschland Verfasserin: Susanne Worbs unter Mitarbeit von Michael Wolf und Peter Schimany	10/2007	Familiennachzug in Deutschland Verfasser: Axel Kreienbrink und Stefan Rühl
3/2005	Jüdische Zuwanderer in Deutschland Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Peter Schimany	11/2007	Türkische, griechische, italienische und polnische Personen sowie Personen aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien in Deutschland Verfasser: Christian Babka von Gostomski
4/2005	Die alternde Gesellschaft Verfasser: Peter Schimany	12/2008	Kriminalität von Aussiedlern Eine Bestandsaufnahme Verfasser: Sonja Haug, Tatjana Baraulina, Christian Babka von Gostomski unter Mitarbeit von Stefan Rühl und Michael Wolf
5/2006	Integrationskurse Erste Erfahrungen und Erkenntnisse einer Teilnehmerbefragung Verfasser: Sonja Haug und Frithjof Zerger	13/2008	Schulische Bildung von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 1 Verfasser: Manuel Siegert
6/2006	Arbeitsmarktbeteiligung von Ausländern im Gesundheitssektor in Deutschland Verfasser: Peter Derst, Barbara Heß und Hans Dietrich von Loeffelholz	14/2008	Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 2 Verfasserin: Sonja Haug
7/2006	Einheitliche Schulkleidung in Deutschland Verfasser: Stefan Theuer	15/2008	Healthy-Migrant-Effect, Erfassungsfehler und andere Schwierigkeiten bei der Analyse der Mortalität von Migranten Eine Bestandsaufnahme Verfasser: Martin Kohls
8/2007	Soziodemographische Merkmale, Berufsstruktur und Verwandtschaftsnetzwerke jüdischer Zuwanderer Verfasserin: Sonja Haug unter Mitarbeit von Michael Wolf		

- | | |
|--|---|
| <p>16/2008 Leben Migranten wirklich länger?
Eine empirische Analyse der Mortalität
von Migranten in Deutschland
Verfasser: Martin Kohls</p> <p>17/2008 Die Einbürgerung von Ausländern in
Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 3
Verfasserin: Susanne Worbs</p> <p>18/2008 Die Datenlage im Bereich der internatio-
nalen Migration in Europa und seinen
Nachbarregionen
Verfasser: Kevin Borchers unter Mitarbeit
von Wiebke Breustedt</p> <p>19/2008 Das Integrationspanel
Ergebnisse zur Integration von Teilneh-
mern zu Beginn ihres Integrationskurses
Verfasserin: Nina Rother</p> <p>20/2008 Aspekte der Arbeitsmarktintegration von
Frauen ausländischer Nationalität
in Deutschland
Eine vergleichende Analyse über türki-
sche, italienische, griechische und polni-
sche Frauen sowie Frauen aus
den Nachfolgestaaten des ehemaligen
Jugoslawiens
Verfasserin: Anja Stichs</p> <p>21/2008 Wohnen und innerstädtische Segregati-
on von Zuwanderern in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 4
Verfasserin: Lena Friedrich</p> <p>22/2009 Berufliche und akademische Ausbildung
von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 5
Verfasser: Manuel Siegert</p> <p>23/2009 Das Integrationspanel
Entwicklung von alltagsrelevanten
Sprachfertigkeiten und Sprachkompe-
tenzen der Integrationskursteilnehmer
während des Kurses
Verfasserin: Nina Rother</p> | <p>24/2009 Förderung der Bildungserfolge von
Migranten: Effekte familienorientierter
Projekte
Abschlussbericht zum Projekt Bildungs-
erfolge bei Kindern und Jugendlichen
mit Migrationshintergrund durch Zu-
sammenarbeit mit den Eltern
Verfasser: Lena Friedrich und
Manuel Siegert unter Mitarbeit von
Karin Schuller</p> <p>25/2009 Die Organisation der Asyl- und Zuwan-
derungspolitik in Deutschland
Studie I/2008 im Rahmen des Europäi-
schen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider</p> <p>26/2009 Unbegleitete minderjährige Migranten in
Deutschland
Aufnahme, Rückkehr und Integration
Studie II/2008 im Rahmen des Europäi-
schen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel</p> <p>27/2009 Grunddaten der Zuwandererbevolkerung
in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 6
Verfasser: Stefan Rühl</p> <p>28/2009 Zuwanderung von Hochqualifizierten
aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung
Verfasserin: Barbara Heß</p> <p>29/2010 Das Integrationspanel
Ergebnisse einer Befragung von Teilneh-
menden zu Beginn ihres
Alphabetisierungskurses
Verfasserin: Nina Rother</p> <p>30/2010 Europäische und nationale Formen der
Schutzgewährung in Deutschland
Studie II/2009 im Rahmen des Europäi-
schen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel</p> |
|--|---|

- | | |
|---|---|
| <p>31/2010 Rückkehrunterstützung in Deutschland
Programme und Strategien zur Förderung von unterstützter Rückkehr und zur Reintegration in Drittstaaten
Studie I/2009 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Axel Kreienbrink</p> <p>32/2010 Deckung des Arbeitskräftebedarfs durch Zuwanderung
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider</p> <p>33/2010 Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 7
Verfasserin: Sonja Haug</p> <p>34/2010 Mediennutzung von Migranten in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 8
Verfasserin: Susanne Worbs</p> <p>35/2011 Zirkuläre und temporäre Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider und Bernd Parusel</p> <p>36/2011 Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland
aus der Reihe „Integrationsreport“, Teil 9
Verfasser: Katharina Seebaß und Manuel Siegert</p> <p>37/2011 Der Einfluss des Integrationskurses auf die Integration russisch- und türkischstämmiger Integrationskursteilnehmerinnen
Verfasserin: Karin Schuller</p> <p>38/2011 Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen
Verfasserin: Barbara Heß</p> | <p>39/2011 Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten
Verfasser: Waldemar Lukas</p> <p>40/2011 Visumpolitik als Migrationskanal
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Bernd Parusel und Jan Schneider</p> <p>41/2012 Maßnahmen zur Verhinderung und Reduzierung irregulärer Migration
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Jan Schneider</p> <p>42/2012 Das Integrationspanel
Entwicklung der Deutschkenntnisse und Fortschritte der Integration bei Teilnehmenden an Alphabetisierungskursen
Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner, Nina Rother unter Mitarbeit von Denise Hörner</p> <p>43/2012 Missbrauch des Rechts auf Familiennachzug
Studie der deutschen nationalen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN)
Verfasser: Andreas Müller</p> <p>44/2012 Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland
Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten
Verfasserin: Barbara Heß</p> <p>45/2012 Klimamigration
Definitionen, Ausmaß und politische Instrumente in der Diskussion
Verfasser: Bettina Müller, Marianne Haase, Axel Kreienbrink und Susanne Schmid</p> |
|---|---|

Forschungsberichte

1/2005	Der Einfluss von Zuwanderung auf die deutsche Gesellschaft Verfasser: Manfred Kohlmeier und Peter Schimany	10/2011	Generatives Verhalten und Migration Verfasser: Susanne Schmid und Martin Kohls
2/2005	Illegal aufhältige Drittstaatsangehörige in Deutschland Verfasser: Annette Sinn, Axel Kreienbrink und Hans-Dietrich von Loeffelholz unter Mitarbeit von Michael Wolf	11/2011	Das Integrationspanel Verfasserinnen: Karin Schuller, Susanne Lochner und Nina Rother
3/2007	Abschlussbericht Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern — Ermittlung und Bewertung der Auswirkungen des Wohnortzuweisungsgesetzes Verfasserinnen: Sonja Haug und Lenore Sauer	12/2012	Pflegebedürftigkeit und Nachfrage nach Pflegeleistungen bei Migranten im demographischen Wandel Verfasser: Martin Kohls
4/2007	Rückkehr aus Deutschland Verfasser: Axel Kreienbrink, Edda Currle, Ekkehart Schmidt-Fink, Manuela Westphal und Birgit Behrens unter Mitarbeit von Magdalena Wille und Mirjam Laaser	13/2012	Islamisches Gemeindeleben in Deutschland Verfasser: Dirk Halm, Martina Sauer, Jana Schmidt und Anja Stichs
5/2007	Migration und demographischer Wandel Verfasser: Peter Schimany	14/2012	Entwicklungspolitisch engagierte Migrantenorganisationen: Potenziale für die Integration in Deutschland? Verfasserinnen: Marianne Haase und Bettina Müller
6/2009	Muslimisches Leben in Deutschland Verfasserinnen: Sonja Haug, Stephanie Müssig und Anja Stichs	15/2012	Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011 Verfasser: Martin Weinmann, Inna Becher und Christian Babka von Gostomski
7/2009	Vor den Toren Europas? Verfasserin: Susanne Schmid unter Mitarbeit von Kevin Borchers	16/2012	Die Optionsregelung im Staatsangehörigkeitsrecht aus der Sicht von Betroffenen Qualitative Studie Verfasserinnen: Susanne Worbs, Antonia Scholz und Stefanie Blicke
8/2010	Fortschritte der Integration Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen Verfasser: Christian Babka von Gostomski	17/2012	Das Migrationspotenzial aus der GUS in die Europäische Union Verfasserin: Susanne Schmid
9/2011	Morbidität und Mortalität von Migranten in Deutschland Verfasser: Martin Kohls		

Impressum

Herausgeber:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220 - Forschungs- und Projektmanagement,
Strategie, Geschäftsstelle, Wissenschaftlicher Beirat
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg

Gesamtverantwortung:

Antje Kiss
Dr. Nina Rother
Susanne Worbs

Bezugsquelle:

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Referat 220
Frankenstraße 210
90461 Nürnberg
www.bamf.de
E-Mail: info@bamf.de

Verfasserinnen:

Stephanie Müssig
Susanne Worbs

Stand:

September 2012

Layout:

Gertraude Wichtrey
Claudia Sundelin

Bildnachweis:

Peter Roggenthin

Zitat:

Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012): Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutschland. Working Paper 46 (aus der Reihe Integrationsreport, Teil 10) der Forschungsgruppe des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

ISSN:

1865-4770 Printversion

ISSN:

1865-4967 Internetversion

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge kostenlos herausgegeben. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigungen und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangaben gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme oder Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung des Bundesamtes. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.